

lvb:inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

- **Delegierten- und Mitgliederversammlung**
Mittwoch, 30. März 2011, 19.30 Uhr:
**Talkrunde zu aktuellen Bildungsthemen
mit Landräten**
- **Mitarbeitendenumfrage:**
Jetzt braucht es positive Signale!
- **Nichts ist so teuer, als an der Bildung
zu sparen!**

Editorial

Dialog und Protest



Liebe Leserin, lieber Leser

Das neue Jahr hätte widersprüchlicher nicht beginnen können. Positive und negative Signale aus der Bildungsdirektion wechselten sich in bunter Reihenfolge ab.

Im Januar lud der Bildungsdirektor zu einer Kick-Off-Veranstaltung für das Umsetzungsprojekt zu den Harmos-Reformen ein. Er strahlte vor Zuversicht.

Im Februar setzte die Mitarbeiterumfrage – mindestens auf den ersten Blick – ein weiteres erfreuliches Zeichen: Lehrpersonen sind mit ihrer Arbeit zu einem grossen Teil zufrieden und hoch motiviert!

In starkem Kontrast dazu stehen die kritischen Rückmeldungen zur Arbeitsbelastung, zu den Löhnen und zum Vertrauen in die BKSD, die ebenfalls der Mitarbeitendenumfrage zu entnehmen sind.

Ein weiterer Dämpfer ist die momentane Unsicherheit betreffend Ferien. Aus Regierungskreisen wird die Haltung signalisiert, dass die Lehrpersonen die zusätzlichen Ferientage ganz einfach über ihren Berufsauftrag verrechnen sollen.

Und zu guter Letzt verkündet der Gesamtregierungsrat den Hauptinhalt seines neuen, rigorosen Sparpakets: Die Bildung soll's richten. Sie soll den grössten Frankenbetrag zur Gesundung der Kantonsfinanzen beisteuern.

Widersprüchliche Signale verunsichern und säen Misstrauen. Die zaghaft aufflackernde Aufbruchstimmung in unseren Kollegien droht bereits wieder in sich zusammen zu fallen. Der Unmut wächst und die in der Umfrage vom November gemessene positive Stimmung könnte ziemlich rasch ins Gegenteil kippen.

Diese Ausgangslage ist für den LVB nicht einfach. Er sucht den Dialog und bietet Hand für eine konstruktive Zusammenarbeit. Doch dieser Ansatz stösst rasch an Grenzen, wenn auf der anderen Seite Widersprüchlichkeit dominiert und Verlässlichkeit fehlt.

In diesem Spannungsfeld muss der LVB das ganze gewerkschaftliche Repertoire ins Auge fassen und bereit sein: Für Dialog und -für Einspruch, für Zusammenarbeit und für Protest, für Unterstützung und für Kritik.

Der LVB beobachtet die Entwicklung genau und wird in den kommenden Wochen auf seiner Website ein «Stimmungsbarometer» einrichten. Mit diesem Instrument können LVB-Mitglieder dem Berufsverband ihre Befindlichkeit kundtun und so den Kurs des LVB – Dialog oder Protest – mitbestimmen.

Die richtungsweisenden Weichen wird die Regierung mit ihren Beschlüssen stellen. Sie hätte es in der Hand, mehr Klarheit und Sicherheit zu schaffen. Dazu braucht es ein positives Signal für die Wertschätzung der Schule und der Lehrpersonen – jetzt. Zum Beispiel in Form einer spürbaren neuen Ferienregelung ohne Wenn und Aber!



Christoph Straumann,
Geschäftsführer und
Vizepräsident LVB

Inhalt



Impressum

lvb.inform 2010/11-03
 Auflage 3500
 Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
 Baselland LVB
 4102 Binningen
 Kantonalsektion des Dachverbands
 Schweizer Lehrerinnen und Lehrer
 LCH
 Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB Geschäftsleitung per Adresse
 Christoph Straumann
 Schulgasse 5, 4455 Zunzgen
 Tel 061 973 97 07 Fax 061 973 97 08
christoph.straumann@lvb.ch

Abonnemente

Für Mitglieder des LVB ist das
 Abonnement von lvb.inform im
 Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Textumbruch und Bilder

Christoph Straumann

Druck

Schaub Medien AG, 4450 Sissach

- 2 Editorial: Dialog und Protest
 Von Christoph Straumann
- 3 Inhalt/Impressum
- 4 Einladung zur DV/MV vom 30. März 2011
- 5 Protokoll der DV/MV vom 15. September 2010
 Von Myrtha Michot
- 7 Stabsübergabe bei der LVB-Geschäftsleitung
 Von Christoph Straumann
- 9 LVB-Stellungnahme zur Mitarbeitenden-Umfrage
 Von der GL-LVB
- 11 Die zusätzlichen Ferientage müssen auch
 für die Lehrpersonen spürbar sein!
 Von Christoph Straumann
- 12 BKSD-Projekt «Bildungsharmonisierung»: Unter Spandruck?
 Von Christoph Straumann
- 13 Das Solothurner Integrationsdesaster
 Von Roger von Wartburg
- 17 Gymnasium BL – neu vier Jahre
 Von Doris Boscardin
- 21 PISA 2009: Nicht auf Lorbeeren ausruhen!
 Von Christoph Straumann
- 23 Ware Bildung? Wahre Bildung!
 Von Doris Boscardin
- 26 Da sind wir dran!
 Von Christoph Straumann
- 28 Perlenfischen
 Von Doris Boscardin
- 30 LVB-Informationen
- 32 Der VTGHK stellt sich vor
 Von Esther Schmid
- 33 «Ich bin doch nicht blöd!»
 Glosse von Heinz Bachmann
- 34 Bericht von einem Pensioniertenanlass
 Von Anne Dedio
- 35 Energieeffizientes Bauen und Sanieren lohnt sich
 Ein Beitrag der Bank Coop

Protokoll DV/MV 1.2010/2011

vom Mittwoch, 15. September 2010, 19.30–21.15 Uhr

Restaurant Seegarten, Münchenstein

Von Myrtha Michot



LVB-Delegierte: total 120, anwesend 55
Vorsitz: B. Fünfschilling

LVB-Mitglieder: ca. 60

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler
2. Protokoll DV/MV vom 24. März 2010
3. Jahresrechnung 2009/2010, Revisionsbericht
4. Budget 2010/2011
5. Wahl in den KV: Roger von Wartburg
6. Statutenänderung

Berufspolitische Geschäfte

7. Referat von Prof. Dr. Roland Reichenbach, Bildungsexperte
8. Bildungsreformen: Resolution zur Abstimmung vom 26. September 2010
9. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Die Präsidentin begrüßt die Delegierten und Mitglieder sowie die Medienvertreter. Die Traktandenliste wird in der vorliegenden Form genehmigt. Als Stimmenzähler werden einstimmig gewählt: Rico Zuberbühler, Stefan Rüegg, Werner Hänger und Eugen Wasmer.

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 24. März 2010

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und dankt.

3. Jahresrechnung 2009/2010 Revisionsbericht

Christoph Straumann erläutert ausgewählte Positionen der Jahresrechnung. Es zeigt sich insgesamt eine erfreuliche Situation (Erfolg Verein Fr. 27'000.–). Die Positionen der Erfolgsrechnung stimmen mit den budgetierten Beträgen beinahe überein. Abweichungen sind zu verzeichnen bei den Ausgaben lvb.inform (nur 4 Ausgaben), Personalaufwand (keine Teuerung), Informatik (keine Anpassungen), Jubilarenkasse (Senkung der Auszahlungen), die Rechtsschutzkasse

benötigte keine Aufstockung. Der Revisionsbericht der Treuhandfirma CENTRA stellt der Jahresrechnung ein gutes Zeugnis aus.

Die Jahresrechnung 2009/10 und der Revisionsbericht werden einstimmig angenommen, keine Neinstimmen, keine Enthaltungen.

Christoph Straumann erntet Applaus für seine ausgezeichnete Arbeit.

4. Budget 2010/2011

Die Situation Ende Geschäftsjahr hat zur Folge, dass keine Beitragserhöhung und keine zusätzlichen Beträge in die Kampfkasse notwendig sind. Der Mitgliederrückgang ist minimal. Die Informatik- und inform-Layout-Software müssen aufgerüstet werden, was zu Mehrausgaben führt. Nach Rücksprache mit dem Revisor ist auch dieses Jahr eine Aufstockung der Rechtsschutzkasse mit Mitteln aus der Vereinskasse nicht nötig. Die FQS-Drucksachen werden abgeschrieben.

Das Budget 2010/11 wird einstimmig angenommen, keine Neinstimmen, keine Enthaltungen.

5. Wahl in den Kantonalvorstand: Roger von Wartburg

Infolge Pensionierung der langjährigen Aktuarin Myrtha Michot im Sommer 2011 ist ein GL-Sitz neu zu besetzen. GL und KV schlagen den Delegierten als Nachfolger Roger von Wartburg, Sekundarlehrer Niveau E/P an der Sekundarschule Frenkendorf, zur Wahl in den Kantonalvorstand mit Option GL-Mitglied vor. Roger von Wartburg stellt sich kurz vor und kündigt an, seine Motivation für ein Engagement im LVB im nächsten lvb.inform eingehender zu erläutern.

Roger von Wartburg wird einstimmig in den Kantonalvorstand gewählt, keine Neinstimmen, keine Enthaltungen.

6. Statutenänderungen in §9 (Ausschluss) und §22 (Kantonalvorstand)

Nachdem die Zusammenarbeit mit der AKK jahrelang funktioniert hat, ist das Vertrauensverhältnis seit einiger Zeit gestört. Die Zusammenarbeit soll auf eine neue Basis gestellt werden, weshalb sich GL und KV für eine Statutenänderung entschlossen haben. Heinz Bachmann orientiert über die rechtlichen Aspekte. Der hinzugezogene Anwalt des LVB überprüft die

LVB-Statuten auf Klarheit und Vollständigkeit.

Die Präsidentin stellt die zwei Anträge (A und B) vor:

- Antrag A: Kann-Bestimmung beim §22.4.
- Antrag B: Ersatzlose Streichung von §22.4. Wegen der Kurzfristigkeit dieser zwischen den Spitzen von LVB und AKK diskutierten Variante muss hier mit einer 2/3-Mehrheit Dringlichkeit beschlossen werden.

Abstimmung Dringlichkeit: anwesend 55 Delegierte, 2/3-Mehrheit 37, Anzahl Ja-Stimmen: 21. Es wird keine Dringlichkeit beschlossen. Über Antrag B wird nicht abgestimmt.

Die Präsidentin gibt das Wort frei für Fragen oder Bemerkungen zum Antrag A. Niemand meldet sich.

Abstimmung Antrag A (Kann-Bestimmung von §22.4.): 45 Ja-Stimmen. Die Statutenänderung wird angenommen.

Änderung §9: Die Statuten sollen bezüglich Ausschluss präzisiert werden durch §9.2. und 9.3. Ausgeschlossene können neu innert 30 (statt wie bisher innert 60) Tagen rekurrieren.

Abstimmung: §9.2. und 9.3 werden mit 53 Ja-Stimmen angenommen.

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

7. Referat von Prof. Dr. Roland Reichenbach, Bildungsexperte

Roland Reichenbach, Dozent an der Uni Basel und der PHNW, lobt die kritische Haltung des LVB gegenüber den aktuellen Reformplänen. Seiner An-

sicht nach sind Reformbestrebungen der Versuch, Widersprüche in der Gesellschaft zu lösen. Das kann die Schule aber auf keinen Fall. Da grundlegende Fragen (Generalisierung oder Spezialisierung, Breiten- oder Spitzenförderung?) nicht beantwortet werden können, entstehen Ressourcenkämpfe. Kernaussagen aus Sicht der Wissenschaft:

- Grundsätzlich kann in jeder Struktur gut oder schlecht unterrichtet werden.
- Bildungsstandards sichern die Qualität nur, wenn vorher eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind: Erfolgreiches Lernen ist Resultat erfolgreichen Lehrens. Dieses ist Resultat erfolgreicher Lehrkompetenz. Sie wiederum ist Resultat erfolgreicher Lehrerbildung. Diese setzt gute Bildungsforschung voraus.
- Faktorenguppen für den Lernerfolg sind: Schüler und Schülerinnen, Familie, Schule, Lehrpläne, Unterricht und Lehrpersonen. Die wirkungsvollste Faktorenguppe ist diejenige der Lehrpersonen (Studie John Hattie, 2008).

- Laut dieser Studie sind diejenigen Lehrpersonen am wirksamsten, deren Unterricht geprägt ist von Aktivität, hoher Lenkung, häufigen Lernkontrollen und Ergebnisrückmeldungen.
- Die Lehrperson ist umso wichtiger, je schwieriger das soziale Umfeld ist, in welchem die Kinder aufwachsen.

In der anschliessenden Diskussionsrunde kommt zum Ausdruck, dass das Lehrerkollegium der wichtigste Faktor für ein Gelingen von Reformen ist.

Die Präsidentin bedankt sich mit einem Präsent für den mit grossem Interesse aufgenommenen Vortrag.

8. Bildungsreformen: Resolution zur Abstimmung vom 26. September 2010

Die Beteiligung des LVB an der Abstimmungskampagne war gestützt durch mehrere DV/MV-Beschlüsse. Inserate und Werbekarten haben Fr. 12'000.– gekostet. In den Medien halten sich Pro- und Kontra-Leserbriefe die Waage. Auch bei den Mitgliedern sind unterschiedliche Meinungen verständlich.

Abstimmung Resolution:
Sie wird mit grosser Mehrheit angenommen, 5 Neinstimmen, 5 Enthaltungen.

9. Diverses

Christoph Straumann weist auf die Broschüre LCH Profitcenter mit den Vergünstigungen hin, und empfiehlt, sie zusammen mit einer Anmeldekarre neuen Kolleginnen und Kollegen zu übergeben.

Die Leitungsgremien des LVB werden aufgefordert, das Thema Altersentlastung wieder verstärkt anzugehen.

Zur Situation der Pensionskasse ist zu bemerken, dass die sozialpartnerschaftlichen Gespräche gut gestartet sind, aber noch am Anfang stehen.

Stabsübergabe bei der LVB-Geschäftsleitung

Von Christoph Straumann

Seit letztem Herbst waren in der GL-LVB aus unterschiedlichen Gründen gleich drei Rücktritte zu verzeichnen. Die Nachfolgesuche lief auf Hochtouren – nun steht die neue Crew bereit.

Wechsel in der Geschäftsleitung

In den vergangenen Monaten kam es in der LVB-Geschäftsleitung zu folgenden Rücktritten:

- Myrtha Michot (Ressort Aktuariat) tritt per Ende Schuljahr ihren wohlverdienten Ruhestand an. Mit Roger von Wartburg wurde bereits im vergangenen Herbst ein Nachfolger gefunden.
- Doris Boscardin (Ressort Publikationen & Pädagogik) möchte nach 13 Jahren KV und GL LVB etwas kürzer treten: Ihre Stelle wurde im letzten Ivb.inform ausgeschrieben.
- Bea Fünfschilling musste im Dezember krankheitshalber ihre Demission per Sommer 2011 einreichen. Die länger dauernde Therapie verunmöglicht es ihr bis auf weiteres, in ihren Beruf zurückzukehren. Aufgrund des ärztlichen Zeugnisses und der Rücksprache mit den Arbeitgebern LVB und Kanton BL nimmt sie jedoch ihr Landratsmandat nach Kräften wahr und engagiert sich dort wie bis anhin für die Anliegen der Lehrerschaft. Wir wünschen ihr baldige Genesung!

Bewerbungsverfahren

Noch im Dezember erhielten die aktiven Mitglieder von der GL-LVB ein Schreiben, mit der Information über diese Rücktritte und der Stellenaus-

schreibung für die verbleibenden zwei Vakanzen, Bewerbungsfrist bis Mitte Januar 2011. Eine Findungskommission bestehend aus Mitgliedern von GL und KV machte sich an die Arbeit.

Eine neue Crew steht bereit

Nach intensivem Entscheidungsprozess durch die Findungskommission und Verabschiedung des Wahlvorschlags durch den KV stehen nun zwei ausgezeichnete Personen für die Wahl in die GL-LVB bereit. Zusammen mit dem Vorschlag für die Nachfolge des LVB-Präsidiums empfiehlt der Kantonalvorstand den LVB-Delegierten folgende neue GL-Crew zur Wahl:

Präsidium:

Christoph Straumann
(bisher Vizepräsident)

Ressort Berufspolitik:

Michael Weiss

Ressort Aktuariat:

Gabriele Zückert

Bereits gewählt:

Ressort Publikationen & Pädagogik:
Roger von Wartburg

Bisher:

Ressort Beratung & Rechtshilfe:
Heinz Bachmann

Diese Crew wird den LVB trotz Reformgewittern und Sparstürmen auf Kurs halten.

Die zur Wahl vorgeschlagenen neuen GL-Mitglieder:



Gabriele Zückert (45)

Im Wallis aufgewachsen, legte sie dort die Matura ab und nahm dann in Basel ein Studium der Astronomie, Germanistik und Anglistik auf. Als der Wunsch, Kindergärtnerin zu werden, stärker wurde, kehrte sie ins Wallis zurück, absolvierte dort ihre Ausbildung und erwarb erste Berufspraxis. Danach wechselte sie wieder in unsere Region und ist seither Kindergärtnerin in Liestal.

Durch ihre Mitarbeit im KV (seit 2003), im Zentralvorstand des nun aufgelösten Kindergartenvereins Schweiz KgCH und der Stufenkommission 4-8 des LCH, hat sie Einblick in gewerkschaftliche Arbeit bekommen. Ihre Erfahrungen möchte sie mit Freude und Engagement in der GL-LVB einbringen und sich für die Lehrerschaft von Baselland voll und ganz einsetzen.

Michael Weiss (41)

Er durchlief die Schulzeit bis zur Matura in Oberwil. Sein Studium an den Universitäten von Basel und Bern schloss er mit dem Doktortitel in Theoretischer Physik ab. Mit seinen Abschlüssen in den Nebenfächern Mathematik und Informatik war er für das Lehramt bestens gerüstet. Seit 12 Jahren ist er vornehmlich am Gymnasium Münchenstein tätig, mit dem Schwerpunkt auf Informatik. In verschiedenen Projekten konnte er seine Fachkompetenz unter Beweis stellen, andere Personen für seine Ideen begeistern und sie zum Mitmachen bewegen.

Diese Führungskompetenzen stellte er dann auch als Konventspräsident an seiner Schule, als GBL-Vorstandsmitglied und im LVB-Kantonalvorstand unter Beweis. In der GL-LVB wird er sein Engagement zugunsten der gesamten Baselland-Lehrerschaft einbringen können.

Neue Signale braucht das (Basel)Land

Von der GL-LVB

Die Mitarbeitenden-Umfrage des kantonalen Arbeitgebers bei den Lehrpersonen bestätigt den Befund des LVB: Zu tiefe Entlohnung und zu hohe Arbeitsbelastung trüben die sonst hohe Berufszufriedenheit und Motivation der Lehrpersonen. Würde die Umfrage heute wiederholt, würde sich sogar ein weitaus kritisches Bild der Befindlichkeit ergeben.

Der LVB schliesst aus der Umfrage, dass die Löhne angehoben, die Pflichtstundenzahl gesenkt und für die kommende Umgestaltung der Schullandschaft die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Der LVB stellt auch fest, dass die Baselbieter Regierung in der jüngsten Vergangenheit leider das Gegenteil gemacht hat. Abbaumassnahmen und Gerüchte über Budgetkürzungen lösten eine Negativspirale aus.

Wenn dem Arbeitgeber BL an einer hohen Arbeitszufriedenheit und einer starken Motivation der Lehrpersonen gelegen ist, muss er jetzt neue, positive Signale senden. Wenn die Chance nicht genutzt wird, wächst der Unmut und sind Proteste absehbar.

Was der LVB seit Jahren feststellt, wird jetzt durch die Mitarbeitenden-Umfrage der empiricon unter Beweis gestellt: Lehrpersonen üben ihren Beruf mit Freude aus, sind motiviert und identifizieren sich mit ihrer Arbeit in hohem Masse. Grösste Problemfelder sind allerdings die **zu tiefe Entlohnung und die zu hohe Arbeitsbelastung**. Beide trüben die Arbeitszufriedenheit.

Der LVB ist überzeugt, dass sich die kritischen Töne in der Mitarbeitenden-Umfrage noch stärker bemerkbar gemacht hätten, wenn die Umfrage

heute gemacht worden wäre. Die Kenntnis der in der jüngsten Vergangenheit erfolgten Verschlechterungen betr. Lohn und Arbeitszeit hätte das Stimmungsbarometer deutlich sinken lassen.

Drei Kernforderungen des LVB

Die Mitarbeitenden-Umfrage 2010 bei den Lehrpersonen bringt einen Nutzen, wenn die Resultate ernst genommen, die richtigen Schlüsse gezogen und Massnahmen konsequent und zielstrebig umgesetzt werden.

Der LVB leitet aus der Mitarbeitenden-Umfrage drei Kernforderungen ab:

1. **Die Löhne sind anzuheben** und den Salären anzupassen, welche in Berufen mit vergleichbaren Anforderungen bezahlt werden. Die Begründung dieser Forderung wird auch durch die LCH-Arbeitszeiterhebung 2009 und die Studie Salär-

Die Mitarbeitenden-Umfrage der empiricon

Der Kanton BL hat die Firma empiricon AG beauftragt, an den Schulen des Kantons Basel-Landschaft eine Mitarbeitenden-Umfrage durchzuführen. Die Modalitäten der Umfrage wurden sozialpartnerschaftlich festgelegt. Der LVB nimmt zu den Resultaten wie folgt Stellung:

Die wichtigsten Ergebnisse

63,8 % der Lehrpersonen haben an der Umfrage teilgenommen, gemäss empiricon ist das ein guter Wert.

Die Umfrage zeigt auf den ersten Blick «eine relativ hohe Arbeitszufriedenheit und ein hohes Commitment». (Das Commitment setzt sich aus den Faktoren Identifikation, Fluktuationsneigung und Bereitschaft zur Leistungserbringung zusammen).

«Am besten bewerteten die Befragten die Themenbereiche Arbeitsinhalt, Arbeitsklima, Partizipation und Sozial- sowie Fachkompetenz der direkten Vorgesetzten. Die kritischsten Äusserungen finden sich zu den Themen Arbeitsbelastung, Entlohnung, Arbeitsplatz, Leitung Direktion/Schulrat und Zusammenarbeit» – Zitat aus dem Fazit der empiricon.

Wichtige Schlussfolgerung der empiricon:

«Das Thema Entlohnung hat den höchsten Einfluss auf das zielorientierte Verhalten und wird von den Befragten relativ kritisch bewertet. Dieses Thema beinhaltet am meisten Verbesserungspotential.»

vergleich Löhne Lehrberufe – Privatwirtschaft von Price Waterhouse Coopers 2010 gestützt.

2. Die Arbeitsbelastung ist zu reduzieren. Eine Schlüsselmaßnahme auf diesem Weg ist die Senkung der Pflichtstundenzahlen.

3. Um die kommenden Schulentwicklungsprojekte umzusetzen und dann auch in Betrieb halten zu können, sind die notwendigen **Ressourcen** (Löhne, Schulraum, Arbeitszeit, ausgebildetes Personal) zu **garantieren**.

Schluss mit der Negativspirale – jetzt ein positives Zeichen setzen!

Mit Blick auf die anstehenden Veränderungen in der Schullandschaft ist es besonders wichtig, dass die Regierung jetzt ein Zeichen setzt. Mit positiven Signalen betr. Lohn und Arbeitszeit fördert sie Zufriedenheit und Motivation ihres Personals.

Leider waren die letzten Signale des Arbeitgebers Basel-Landschaft wenig ermutigend:

- Die Teuerung 2010 wurde nicht ausgeglichen;

- ein vom Arbeitgeber bereits akzeptierter Rückstand aus den Vorjahren von 0,6 % wurde nicht ausgeglichen;
- mit der für Lehrpersonen unbefriedigend ausgestalteten «zusätzlichen Ferienwoche» fühlen sich die Lehrpersonen geprellt;
- Gerüchte von «Rasenmäher-Budgetkürzungen» in der Größenordnung von 6, 9 oder 12 % verunsichern und erodieren das Vertrauen.

Dies ist der falsche Weg. Wer bei den Lehrpersonen spart, spart bei der Qualität der Schulen und damit bei den Kindern.

Fazit

Wenn dem Arbeitgeber BL an einer hohen Arbeitszufriedenheit und einem starken Commitment der Lehrpersonen gelegen ist, muss er neue Signale senden. **Jetzt ist höchste Zeit für ein positives Zeichen!** Wenn die Chance nicht genutzt wird, wächst der Unmut und sind Proteste absehbar.

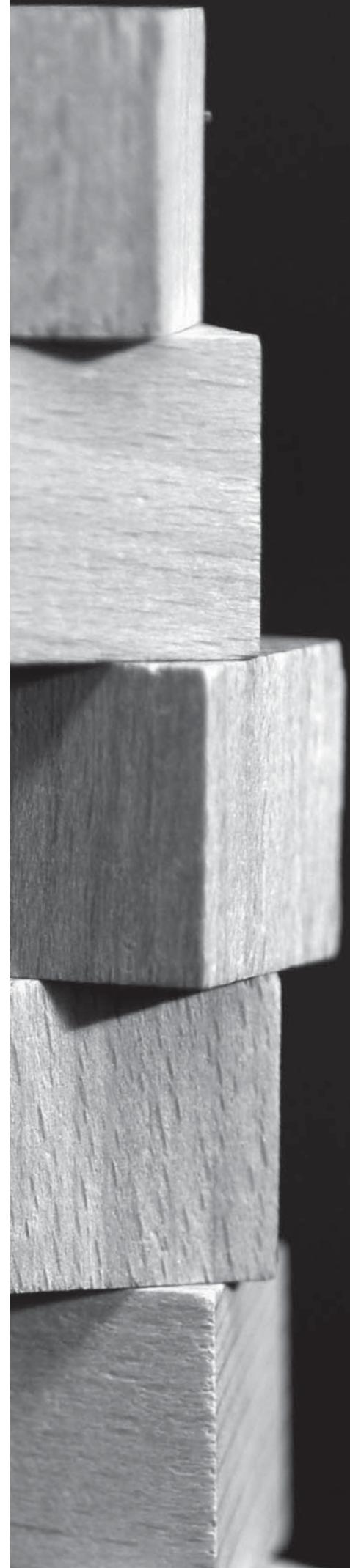
Studien belegen den Handlungsbedarf

Die LCH Arbeitszeiterhebung 2009 belegt, dass Lehrpersonen der Volkschule jährlich durchschnittlich 133 Stunden unbezahlte Überzeit leisten.

Die Studie Salärvergleich Löhne Lehrberufe - Privatwirtschaft (Price Waterhouse Coopers – 12. Juni 2010) weist nach, dass die Löhne in den Lehrberufen wesentlich tiefer sind als diejenigen, welche in der Privatwirtschaft für Funktionen mit vergleichbaren Anforderungsprofilen bezahlt werden.

(Im Netz unter:

www.lch.ch > Stellungnahmen > Positionen und Pressemitteilungen:
Arbeitszeiterhebung: 08.12.2009, Salärvergleich: 12.06.2010)



Die zusätzlichen Ferientage müssen auch für die Lehrpersonen spürbar sein!

Von Christoph Straumann

Im Dezember 2010 hat der Landrat einer Vorlage betreffend zusätzlicher Ferientage für alle Angestellten des Kantons Basel-Landschaft zugesimmt. Für die Umsetzung im Bildungsbereich muss jetzt eine Lösung gefunden werden, welche auch für die Lehrpersonen eine spürbare zeitliche Reduktion der Arbeitszeit und den entsprechenden Erholungswert sichert!

Zur Rekapitulation: Bereits in der ersten Jahreshälfte 2010 hat der LVB den kantonalen Stellen einen Vorschlag für eine akzeptable und schulverträgliche Umsetzung von zusätzlichen Ferientagen präsentiert. Der Vorschlag lehnte sich – im Sinne der angestrebten «Konvergenz im Schulbereich» – an die Regelungen in unserem Nachbarkanton Basel-Stadt an. Eine solche Lösung sieht vor, dass:

- zusätzliche Ferientage über eine Lektionenbuchhaltung verrechnet und kumuliert über mehrere Jahre als zusammenhängender Urlaub bezogen werden können;
- der Schulbetrieb nicht belastet und der eigentliche Ferienzweck – nämlich Erholung von der Alltagsarbeit – erfüllt wird.

Diese Variante ist nicht kostenneutral zu haben, weshalb sie für unsere Regierung gar nie ernsthaft in Frage kam.

Die jetzt vorliegende Schmalspurlösung erfüllt ihren Zweck nur, wenn sie für den Arbeitnehmenden zusätzliche freie Tage am Stück generiert. Dabei bieten sich für die Schulen die Weihnachtsfeiertage für eine für alle Sei-

ten (Kinder, Eltern, Lehrpersonen und Arbeitgeber) vertretbare Kompromisslösung an: Mit durchschnittlich drei zusätzlichen Tagen könnten die Weihnachtsferien in jedem Jahr zwei volle Wochen dauern. Damit wäre dem eigentlichen Ferienzweck «Erholung» bestens Rechnung getragen, der Schulbetrieb würde nicht über Gebühr belastet und ein Verlust an «Produktivität» wäre ganz sicher auch nicht die Folge.

Ein fortschrittlicher Arbeitgeber ist bestrebt, die Arbeitsbedingungen seines Personals so zu gestalten, dass Belastung und Erholung in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die soeben ausgewertete Mitarbeiterenumfrage zeigt bei der Belastung kritische Werte. Umso wichtiger ist es, dass auch Lehrpersonen die notwendige Erholungszeit zugestanden wird. Das wird sich für den Arbeitgeber auch wirtschaftlich (durch möglichst wenige krankheitsbedingte Absenzen von Lehrpersonen) lohnen.

Die entsprechenden Verhandlungen verlaufen zurzeit äußerst harzig. Der Gesamtregierungsrat stellt sich auf den Standpunkt, dass die zusätzlichen Ferientage einfach mit dem Berufsauftrag zu verrechnen seien.

Diese Haltung kommt einem Affront gegenüber allen pflichtbewussten Lehrpersonen gleich: Seit Jahren zeigen die Berufsverbände auf, dass in den Schulen auf der Basis des geltenden Berufsauftrags in massivem Ausmass Überstunden geleistet werden. Der LVB fordert schon lange eine Lösung für diesen Missstand.

Ein Arbeitgeber, welcher «zusätzliche Ferientage» über den bereits überlasteten Berufsauftrag der Lehrpersonen abrechnen will, zeigt gegenüber Einsatz und Leistung seines Personals eine Geringsschätzung, welche extrem demotivierend wirken muss. Momentan versucht der Bildungsdirektor zu vermitteln. Es ist fraglich, ob das innert nützlicher Frist gelingen wird.

Das neuinstallierte «Stimmungsbarometer» (siehe LVB-Informationen in diesem Heft) wird aufzeigen, wie es mit der Berufszufriedenheit der Lehrpersonen u. a. nach der Lösung der Ferienfrage steht und zu welchen Massnahmen die Arbeitnehmenden bei einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen allenfalls bereit sind.

BKSD-Projekt «Bildungsharmonisierung»: Unter Spandruck?

Von Christoph Straumann

Im September wurden die Landratsbeschlüsse zur Harmonisierung im Bildungswesen vom Souverän angenommen. Im Januar informierte die BKSD die Sozialpartner über die Projektorganisation. Ob planmäßig vorgegangen werden kann, ist angesichts der aktuellen Finanzlage des Kantons offen.

Der LVB im Projektausschuss dabei

Die BKSD hat eine Projektorganisation «Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft» eingesetzt, welche mit der konkreten Umsetzungsplanung beauftragt ist. Wichtige Ansprechpartner – darunter der LVB – sind im Projektausschuss vertreten, in dem laufend über den Stand der Arbeiten informiert wird und Vorlagen zuhanden des Regierungsrates, des Bildungsrates und des Landrates vorberaten werden.

Projektteams gebildet

Anlässlich einer Kick-Off-Veranstaltung wurde dem Projektausschuss die Organisation mit den drei Projektteams «Volksschule», «Berufsbildung» und «Gymnasium» vorgestellt. Die von diesen Teams zu leistenden Arbei-

ten werden in detaillierten Mandaten beschrieben. Der Einbezug sämtlicher Schultypen ist wichtig, weil die Strukturveränderungen nicht nur den Beginn der schulischen Laufbahn, sondern alle Schulstufen betreffen.

Workshops für Anspruchsgruppen

Die Bildungsharmonisierung bringt teils tiefgreifende Veränderungen mit sich, von denen die Lehrpersonen ganz unmittelbar betroffen sein werden. Um Anliegen der im Projektausschuss vertretenen Anspruchsgruppen (darunter die Lehrervertreterungen) von Beginn weg aufnehmen zu können, finden zunächst Workshops zu folgenden Themenbereichen statt:

- Fremdsprachenkonzept,
- Schulraum,
- Stundentafeln Primar und Sekundarstufe I mit Ausblick auf Sekundarstufe II,
- Leistungsmessung/Laufbahn/Abschlüsse,
- Personal und
- Kommunikation.

Die Resultate der Workshops fließen dann in die weitere Planung der Projektteams ein.

Der LVB bleibt angesichts der angespannten Finanzlage skeptisch

Die Planung ist somit angelaufen, doch wie wird es um die Umsetzung

von HarmoS bestellt sein? Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass im Bildungsbereich des Kantons Basel-Landschaft immer wieder Projekte mangels ausreichender Finanzierung nicht korrekt und genügend professionell umgesetzt werden konnten.

Wenn das Geld anscheinend schon für den laufenden Schulbetrieb knapp ist, wo soll es dann für die Reformen hergenommen werden? Den Verantwortungsträgern sollte endlich klar werden, dass die «Rasenmäher-Spar-Methode» für die Bildung in unserem Kanton verheerende Folgen haben kann. Bildung ist Investition in die Zukunft, Motor für langfristiges Wachstum und Basis für sozialen Zusammenhalt.

Es ist deshalb falsch, die Bildungspolitik kurzfristigen finanziellen Zielsetzungen des Staatswesens zu unterwerfen. Die Schule, die auf Stabilität ausgerichtet ist, kann durch solche Hurruckübungen nachhaltig geschädigt werden und ihre gesellschaftliche Aufgabe als Vermittlerin von Bildung nicht mehr ausreichend erfüllen. Es liegt in der Hand der Landrättinnen und Landräte, den allfälligen finanziellen Kahlschlag bei den Schulen mit einer klugen, vorausschauenden Finanzpolitik zu stoppen!

Das Solothurner Integrationsdesaster

Von Roger von Wartburg



Kaum etwas bewegt die Gemüter zahlreicher Schulbeteiligter derzeit stärker als die integrative Schulung, und dies weit über unsere Kantonsgrenzen hinaus. Ausserordentlich viel Staub aufgewirbelt hat dieses Thema in den vergangenen Wochen im Kanton Solothurn, wo die Medien den bisherigen Prozess der Einführung der integrativen Schulung einhellig als «Debakel» für die Bildungsdirektion und das AVK (Amt für Volkschule und Kindergarten) werten.

Das Debakel im Nachbarkanton

Meine Recherche ennet dem Jura zeigt exemplarisch auf, wie man eine Reform dieser Grössenordnung nicht angehen darf und lässt entsprechende Rückschlüsse auf den Stand der Dinge im Baselland zu. Diskussionen über Sinn, Zweck und Nutzen der integrativen Schulung sind aktuell müssig, da es am diesbezüglichen politischen

Auftrag nichts zu deuteln gibt. Hinsichtlich der Umsetzung desselben jedoch ist berufspolitisches Engagement gefragter denn je. Der LVB setzt sich mit Nachdruck zugunsten möglichst guter Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen ein und will nicht zuletzt den in diesem Zusammenhang in anderen Kantonen gewonnenen Lehren auch im Baselland zur Geltung verhelfen.

Werfen wir zunächst einen Blick zurück auf die Begebnisse im eingangs erwähnten Nachbarkanton: 2007 änderte der Solothurner Kantonsrat das Volksschulgesetz und legte damit die Grundlage für die Spezielle Förderung in Regelklassen. Die Inkraftsetzung war ursprünglich auf Beginn des Schuljahres 2010/11 vorgesehen, wurde dann aber, nach massiven Protesten seitens der Basis, um ein Jahr verschoben, um eine umfassendere Mitwirkung der Beteiligten an den Vorbereitungsarbeiten zu ermöglichen.

Dilettantische Schreibtischtäter am Werk: Und plötzlich will keiner mehr mitmachen ...

Je näher die Einführung der schulischen Integration heranrückte, in umso höherer Kadenz überschlugen sich die Ereignisse: Im Juli 2010 stellte der Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn (LSO) seine Mitarbeit im Projekt «Spezielle Förderung» per sofort ein, da er eine qualitativ vertretbare Umsetzung anhand der geplanten Ressourcierung verunmöglich sah. So waren zum Beispiel die ursprünglich geplanten Entlastungsklektionen für den zusätzlichen Koordinationsaufwand der Lehrpersonen auf einmal nicht mehr vorgesehen. Am 15. Dezember 2010 legte der Kantonsrat sein Veto gegen die Umsetzung der Speziellen Förderung ein, weil eine Mehrheit der Ratsmitglieder die kantonalen Rahmendingungen ebenfalls als ungenügend erachtete.

Am 12. Januar dieses Jahres reichte der LSO den Volksauftrag «Genügend Ressourcen für die integrative Schulung in der Volksschule» mit mehr als 1800 beglaubigten Unterschriften ein. Am 22. Januar wurde der für die Spezielle Förderung zuständige Projektleiter ersetzt. Er war immer stärker unter Druck geraten, da ihm sowohl Kantonsrat als auch Lehrerschafts- und Schulleitungsvertreter eine miserable Kommunikation sowie ein chaotisches und unkoordiniertes Projektmanagement vorgeworfen hatten.

Aus Schaden wird man klug: Der Elchtest muss her und die Praktiker gehören mit ins Boot

Anfang Februar schliesslich verkündete der Regierungsrat den vorläufigen Stopp der kantonsweiten Einführung der integrativen Schulung. Stattdessen soll nun ein umfassend angelegter, dreijähriger Schulversuch eine breiter abgestützte und erfahrungsgeleitete Entscheidungsgrundlage schaffen. Dieser wissenschaftlich begleitete Schulversuch startet im August 2011 – also dem Zeitpunkt der vormals geplanten flächendeckenden Umsetzung der integrativen Schulung – und wird mit dem Schuljahr 2013/14 zum Abschluss kommen. Per August 2014 will man dann so weit sein, dass die kantonsweite Einführung erfolgen kann. Anders als bisher sind diesmal auch Vertreter der Gemeinden, der Schulleitungen und der Lehrerschaft in die wichtigsten Entscheidungsgremien einbezogen und können damit die Rahmenbedingungen der integrativen Schulung aktiv mitgestalten. Um ein zweites Kommunikationsfiasco zu vermeiden, will die Regierung für die Zeit des Schulversuchs ein entsprechendes Mandat verwaltungsextern vergeben und so für einen professionellen Informationsfluss sorgen. So weit, so gut, möchte man meinen; oder doch nicht?

Nun ringt jede Gemeinde mit sich selber

Obwohl alle Beteiligten mit dem jüngst beschlossenen Vorgehen einverstanden sind, ebben die hitzigen Diskussionen keineswegs ab. Dies liegt in erster Linie daran, dass die einzelnen Schulträger nun vor der Wahl stehen, im Rahmen des Schulversuchs doch schon im August 2011 mit den integrativen Massnahmen starten zu wollen oder nicht. Die jeweiligen Entscheide müssen bis Mitte März dem AVK gemeldet werden. Die Auseinandersetzungen haben sich dadurch aktuell von der kantonalen auf die kommunale Ebene verschoben. Neulich frohlockten AVK-Vertreter in den Medien bereits, dass gemäss ihren Einschätzungen eine deutliche Mehrheit der Schulen am Schulversuch teilnehmen werde, und werteten dies durchaus selbstbewusst als «Vertrauensbeweis in das Projekt». Rückfragen bei Direktbeteiligten lassen auch davon abweichende Schlüsse zu: So haben zahlreiche Schulen ihren Förderbedarf und ihre Pensenplanung für das kommende Schuljahr bereits in aufwändiger Manier abgeklärt und abgeschlossen, sodass es doch einige Über-

windung kosten würde, diese Arbeit kurzum für nichtig zu erklären.

Das Fallbeispiel Olten

Die Stadt Olten, als grösste Gemeinde und grösster Schulträger des Kantons mit hohem Förderpotenzial und überaus heterogener Schülerschaft, steht derzeit speziell im Rampenlicht. Im Oltner Gemeindepalament kam es Ende Januar – also noch vor dem durch den Regierungsrat verordneten Marschhalt – zu einer Bildungsdebatte, die fast schon epische Ausmasse annahm. Mehrere Parlamentsmitglieder hatten eine dringliche Motion eingereicht, welche die Sistierung der integrativen Massnahmen forderte, bis klare Rahmenbedingungen seitens des Kantons vorlagen und in der Stadt, als eine Art «flankierende Massnahme» sozusagen, Gefässe geschaffen seien, um besonders verhaltensauffällige und schwer integrierbare Schülerinnen und Schüler auffangen zu können. Der städtische Bildungsdirektor andererseits hatte bereits am Tag nach dem kantonsrätslichen Veto im Dezember in einer Stellungnahme klar gemacht, an der eingeschlagenen Entwicklungsrichtung auf der Basis

des vorhandenen Übergangskonzepts festhalten zu wollen. Dazu muss man wissen, dass im Rahmen dieses Übergangskonzepts in Olten bereits integrativ unterrichtet wird: Zwei Schulhäuser waren als Erfahrungsstandorte bestimmt und die dortigen Kleinklassen schrittweise aufgehoben worden. Nach einem wahren Füllhorn von Einzelbeiträgen, welche die mannigfaltige Betroffenheit der Ratsmitglieder offenbarten (beispielsweise als Eltern und/oder Lehrkräfte), wurde die Motion schliesslich recht deutlich nicht überwiesen und damit die stadträtliche Position gestützt. Olten wird am kantonalen Schulversuch zur Konkretisierung der Speziellen Förderung mitwirken.

Wo drückt der Schuh konkret?

Um die ganze Breite der «Oltner Problematik», die durchaus stellvertretend für andere Gemeinden betrachtet werden kann, präziser erfassen zu können, habe ich im Anschluss an den Entscheid des Stadtparlaments mit verschiedenen Beteiligten Gespräche geführt; einerseits mit Lehrpersonen und Eltern von Schülerinnen und Schülern aus den als Erfahrungsstandorten



dienenden Schulhäusern, andererseits auch mit Vertretern aus Schulleitungen und der Politik. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

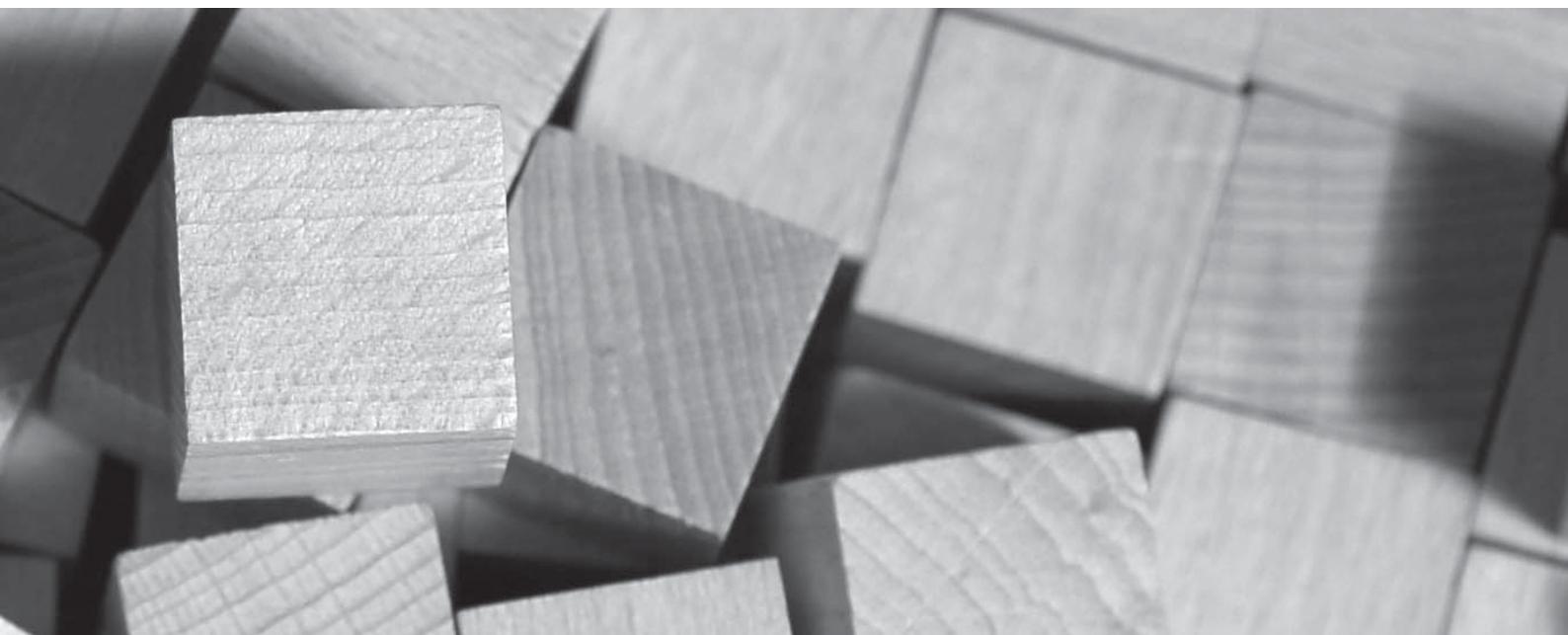
- Viele Lehrpersonen trauen der Politik nach dem Chaos der letzten Jahre ganz einfach nicht mehr. Eilends aus dem Hut gezauberte Beschwichtigungsmaßnahmen wie regionale Tagessonderschulen oder Timeout-Klassen (so genannte «Schulinseln») sollen zunächst inhaltlich genau definiert sowie gesprochen und nicht nur versprochen werden, bevor man weitere Integrationsschritte vornehme. Die Lehrerinnen und Lehrer befürchten, dass diese Zusagen aufgrund finanzieller Überlegungen schon bald wieder unter den Teppich gekehrt würden und man sie einfach «weiterwursteln» lassen werde, ohne Rücksicht auf etwaige Verluste in Form von Lehrpersonen, welche entnervt die Flinte ins Korn werfen.
- Die Oltner Schulhäuser, in denen bereits integrativ unterrichtet wird, befinden sich beide auf der rechten Stadtseite, wo, je nach Klasse, 60 bis

80 Prozent der Schülerinnen und Schüler fremdsprachiger Herkunft sind. Ein erfahrener Schulleiter aus einer kleineren, ländlichen Gemeinde mit weitaus homogenerer Schülerschaft hält die bis anhin kantonal veranschlagten Ressourcen für Schulen mit einem Einzugsgebiet wie demjenigen der rechten Oltner Stadtseite für komplett illusorisch. Schon in seiner eigenen Primarschule sei man gemäss der internen Bedarfsabklärung am oberen Limit des maximalen Lektionenpools für die Spezielle Förderung angelangt.

- Ein weiteres Problem besteht darin, dass es derzeit gar nicht genügend ausgebildete Förderlehrpersonen gibt, um den bestehenden Bedarf decken zu können. So haben manche Lehrpersonen Kinder in ihren Klassen, die nachweislich der Speziellen Förderung bedürften, für die es jedoch als Folge des Fachpersonalmangels keine solchen Gefässe gibt. In anderen Klassen wird teilweise Förderunterricht von Lehrpersonen erteilt, welche die nötigen Qualifikationen noch gar nicht erworben haben.

• Von allen Seiten wird kritisiert, in welchem Masse die Planungsstellen den entscheidenden Gelingensfaktor «Zeit» ignorierten: Neben der integrativen Schulung stehen nämlich im Kanton Solothurn ab dem Schuljahr 2011/12 gleichzeitig die Reform der Sekundarstufe I sowie die Einführung der Fremdsprachen in den unteren Klassen an. Ein Schulleiter gab frank und frei zu, es sei schlicht unmöglich, die parallele Umsetzung dieser drei grossen Brocken seriös durchzuführen.

- Die Praktikerinnen und Praktiker aus den Schulzimmern ärgern sich darüber, wie die Entscheidungsträger den partiellen Zusammenhang zwischen integrativer Schulung und steigenden disziplinarischen Problemen kategorisch negierten. Natürlich sei bei weitem nicht jeder Schüler mit einem «Integrations-Label» ein Störenfried, aber Lehrpersonen wüssten sehr genau, dass es oft nur ein bis zwei ausserordentlich verhaltensauffällige Schützlinge in einer Klasse brauche, um das dortige Lern- und Arbeitsklima zum Kippen zu bringen. Für diesen Fall und unabhängig davon, ob be-



sagte schwierige Kinder oder Jugendliche zu den speziell Geförderten gehörten oder nicht, brauche es die Möglichkeit einer raschen und unbürokratischen Versetzung der Befriedenden in ein schulisches Auffanggefäß, zumindest temporär. Umgang mit Heterogenität sei eben nicht nur, wie dies aus Planungsstellen zynisch zu hören sei, eine Frage des pädagogischen Know-hows und der richtigen Einstellung. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass es immer einzelne Schülerinnen und Schüler geben werde, die sich nicht dauerhaft erfolgreich in eine Regelklasse eingliedern liessen. Doch aus Statistiken und Forschungsinterpretationen lasse sich dies halt nicht ableiten ...

- Von Eltern- wie von Lehrerseite ist der Vorwurf respektive die Sorge zu vernehmen, dass es eigentlich nicht sein könne, dass die Lehrperson im Unterricht durch einzelne Schülerinnen und Schüler derart absorbiert werde, dass der Rest der Klasse hinsichtlich Betreuung und Lerninhalte zu kurz komme. Die Integration Einzelner dürfe nicht zu einem Fetisch werden, dem sich alles andere um jeden Preis unterzuordnen habe. Das Konzept der integrativen Schulung dürfe auf keinen Fall zur «organisierten permanenten Unterrichtsstörung» (Zitat Anton Strittmatters) verkommen. Des Weiteren könne es nicht angehen, dass man die Klasseneinteilungen jährlich verändere, um leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler als eine Art «soziale Stabilisatoren» auf verschiedene Klassen zu verteilen, wie dies in Olten schon vorgekommen sei. Kinder seien nicht dazu da, gesellschaftliche Probleme zu therapieren.

- Ein zusätzliches Problemfeld hat sich vereinzelt durch neu aufgetretene Rollenkonflikte ergeben. Wenn Schulleitungsmitglieder von Erfah-

rungsstandorten gleichzeitig im kantonalen Projektteam der «Speziellen Förderung» Einsatz nehmen, kann dies kritischen Lehrpersonen aus diesen Schulhäusern, welche sich dezidiert zu den offenkundigen Planungsunzulänglichkeiten und den daraus entstehenden Alltagsproblemen äussern, rasch zum Nachteil gereichen, indem der Spiess umgedreht und ihnen vorgeworfen wird, sie hätten den Laden halt nicht im Griff. In einem der Schulhäuser kommunizieren Schulleitung und ein Teil des Kollegiums mittlerweile via externe Supervision miteinander ...

- Einige Lehrpersonen sind überdies skeptisch, was die Wirkung individueller Lernziele für einzelne Schülerinnen und Schüler auf den Rest der Klasse betrifft. Gerade bei jenen, um deren Arbeitshaltung es schon jetzt nicht zum Besten bestellt ist, könnte dies womöglich dazu führen, ihr Verhalten dergestalt anzupassen, dass auch sie für eine Lernzielbefreiung in Frage kommen.

Wie lauten die Forderungen des LVB?

Im Lichte dieser Überlegungen und vor dem Hintergrund des im Entstehen begriffenen Konzepts zur integrativen Schulung im Baselland setzt sich der LVB entschieden ein für:

- eine **frühzeitige Klärung der Ressourcen**, und zwar in einem Umfang, der die erfolgreiche Umsetzung nicht von vornherein zum Scheitern verdammt;
- die vorgängige **Bereinigung der Anstellungsbedingungen von Förderlehrpersonen** und deren **Ausbildungen**;
- ein **umfassendes Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der betroffenen Lehrpersonen**;
- eine deutlich spürbare **zeitliche Entlastung der Klassenlehrper-**

sonen für die vermehrt **benötigten Absprachen** mit den Förderlehrpersonen;

- **klare Regelungen und bestehende Handlungsoptionen** für den Fall **nicht erfolgreicher Integrationsbemühungen**;
- professionelle **Umsetzungen**, die sich bei ihrer Einführung zeitlich nach dem **Vorhandensein** einer **ausreichenden Anzahl ausgebildeter Lehrpersonen** richten;
- das **stetige Miteinbedenken** der **Anrechte** jener **Mehrheit von Schülerinnen und Schülern**, die **keine spezielle Förderung** benötigen;
- die Schaffung und Umsetzung eines **geeigneten Raumkonzepts** mit **mehr kleineren Räumen** an den Schulen;
- **die Stärkung der Tragfähigkeit der Regelschulen als Ganzes**, dies insbesondere durch eine **generelle Senkung der Klassengrössen**.

Am Ende des Tages ist die Wahrheit wohl banaler, als manch einer zunächst glauben mag: Fakt ist, dass die integrative Schulung eine höchst anspruchsvolle Schulungsform darstellt. Will man sie ohne einen massiven Qualitätsabbau einführen, kann dies unmöglich kostenneutral geschehen. Zu einem Pfusch, der zu Lasten der Kinder mit besonderen Bedürfnissen, des Lernerfolgs aller anderen Schülerinnen und Schüler und der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen geht, kann der LVB niemals Hand bieten. Dass dies in Zeiten exorbitanter Budgetkürzungen ein äusserst steiniger Weg werden wird, liegt auf der Hand. Die Entwicklungen im Kanton Solothurn beweisen jedoch auch, dass viele Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker realisiert haben, dass Umwälzungen des Schulsystems von derart grosser Tragweite ihren Preis haben. Es liegt auch an uns Lehrkräften, dieses Bewusstsein auf allen Ebenen zu schärfen.

Gymnasium BL – neu vier Jahre, MAR-konform und Bildungsraum-tauglich

Von Doris Boscardin



Ab Schuljahr 2014/15 (aufsteigend) wird das Gymnasium BL neu vier Jahre dauern und damit endlich MAR-konform sein. Die Diskussion um das Bildungsraum-taugliche Gymnasium von morgen ist angelaufen.

Endlich wieder Aufbruchsstimung in den Gymnasien!

Seitdem das Volk im letzten Herbst zum Bildungsraum Nordwestschweiz und damit auch zum 4-jährigen Gymnasium im Kanton Baselland Ja gesagt hat, befinden sich die fünf kantonalen Gymnasien – Laufen, Liestal, Münchenstein, Muttenz und Oberwil – in Aufbruchsstimmung.

Nun wird der langersehnte Traum eines MAR-konformen vierjährigen gymnasialen Bildungsgangs wahr. Bereits 1998 hatte dieser Traum eine Gruppe initiativer Lehrpersonen des Gymnasiums Münchenstein und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter von GBL, LVB und LCH zur Lancierung der Volksinitiative «Für eine Maturität ohne Qualitätsabbau» unter dem Motto «Jugend und Bildung = Zukunft» beflügelt.

Die Maturitätsinitiative von 1998

Zur Erinnerung: Der Landrat beabsichtigte damals, das Gymnasium von dreieinhalb auf drei Jahre zu verkürzen, einerseits, um die Gesamtschulzeit bis zur Matur auf 12 Jahre zu reduzieren, andererseits, um die mehrmonatige «Zwangspause» nach der Matur zu verhindern und einen direkteren Anschluss an die Universität zu gewährleisten.

Um einen Qualitätsabbau zu verhindern und zugleich die politische Forderung nach Abschaffung der «Zwangspause» zu erfüllen, verlangte die Maturitätsinitiative in einem klugen Schachzug vielmehr, das Gymnasium auf vier Jahre zu verlängern. Der Widerstand der Baselbieter Lehrerschaft war erfolgreich: Dank der mit gegen 9000 Unterschriften eingereichten Volksinitiative gelang es den Initianten damals, den Landrat davon zu überzeugen, dass

- mit der Verkürzungsvorlage die Qualität der gymnasialen Ausbildung nicht bewahrt werden konnte,
- fortschrittliche Errungenschaften der kurz zuvor erfolgreich eingeführten Gymnasialreform (z. B. die Wahlkurse), welche die Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern sollten, aus zeitlichen Gründen nicht zu halten waren,
- die Maturandinnen und Maturanden den Anforderungen der Hochschulen nicht mehr genügten.

Die Verkürzungsvorlage erlitt denn auch Schiffbruch. Das Gymnasium wurde zwar nicht auf vier Jahre verlängert, doch konnte es immerhin seine Dauer von dreieinhalb Jahren erhalten.

Das Gymnasium «neu denken»?

Gut Ding will Weile haben: Mehr als

zehn Jahre später soll das vierjährige Gymnasium also Realität werden. Als erstes erwartet die Schulleiterkonferenz (SLK) eine Ideensammlung zu seiner Umsetzung. Die Gedanken fliegen hoch, das Tagesgeschäft mit solch «essentiellen» Fragen wie dem Unterhalt der Kaffeemaschine tritt in den Hintergrund. Es sind Ideen gefragt, kühne und weniger kühne. Es geht um pädagogische Konzepte und Grundsatzfragen wie:

- Was ist gymnasiale Bildung?
- Welche pädagogischen Prinzipien sollen uns bei der Neugestaltung des vierjährigen Gymnasiums leiten?
- Was unterscheidet das Gymnasium von anderen Schulen der Sekundarstufe II wie FMS mit Fachmaturität, HMS mit Wirtschaftsmaturität, Berufslehre mit Berufsmaturität, etc.?
- Welche gymnasiale Bildung ist zukunftstauglich?
- Welche gymnasiale Bildung sichert auch weiterhin die Studierfähigkeit samt prüfungsfreiem Übertritt an die Hochschulen?
- Welche gymnasiale Bildung kann in einer globalisierten Welt bestehen, Studierfähigkeit an Hochschulen im Ausland inklusive?

Ein ganzer Strauss von Ideen

Die Kollegien der Gymnasien sind jetzt aufgerufen, das neue Gymnasium aktiv mitzustalten und ihre Ideen bis Ende Januar der SLK einzureichen. In Münchenstein z. B. finden Inputrefereate und fächergemischte Gruppengespräche zu einzelnen Fragenkomplexen statt. Die auf Postern formulierten Postulate sind vielfältig, teilweise gar kontrovers, und erhalten zustimmende oder ablehnende Stellungnahmen der anderen Gruppen. Hier eine – nicht repräsentative – Auswahl an Statements zu konkreten Themenkreisen:

1. Studierfähigkeit:

- Wichtigkeit von Grundlagen und Allgemeinbildung,
- mehr Zeit für Grundfertigkeiten wie Reden, Schreiben, Rechnen,
- Förderung des Durchhaltevermögens der Schülerinnen und Schüler,
- kein Projekt SeLe (Selbständiges Lernen), dafür anspruchsvoller Unterricht, der das selbstkritische Denken fördert,
- Stärkung der Wissensbasis, auch der Schwerpunktfächer (SPF).

2. Organisation des Curriculums:

- Bessere Information betr. Schülerwahl SPF,
- «gleich lange Spiesse» für die SPF da gleichzeitiger Beginn,
- Erhalt der Wahlkurs- und Ergänzungsfachstufe auch im Hinblick auf Interdisziplinarität.

3. Wahlmöglichkeiten:

- Fairer Wettbewerb unter den Schwerpunktfächern, da alle neu am Gymnasium beginnen,
- höhere Stundendotation für SPF,
- Immersion gebunden an SPF,
- Wahl Maturarbeitsthema einschränken und an Fach binden.

4. Interdisziplinarität:

- In geeigneten Gefässen wie Projektarbeit,
- vermehrt in Sprachfächern,
- SPF stärken, statt neue Gefässe zu schaffen.

5. Vermittlungs- und Arbeitsformen:

- Lehrplan dank mehr Zeit besser einhalten,
- mehr Üben und Festigen,
- Normalunterricht statt Coaching stärken,
- keine neuen Lehrformen, kein SeLe.

6. Formalisierungsfähigkeit als Erwartung der Universität:

- Förderung als Auftrag an alle Lehrpersonen und Fächer,
- Ziel: bessere Verarbeitung von Informationen, mehr Selbstreflexion und inhaltliche Reflexion.

7. Verhältnis zwischen Theorie und Praxis:

- Praxisbezug wichtig in Fächern wie Instrumentalunterricht und Naturwissenschaften,
- Sozial- oder Wirtschaftspraktikum, z. B. in den Sommerferien,
- Sprachaufenthalt, Austauschsemester.

8. Umgang mit inneren Widersprüchen in den Lehrgängen Sek. I und II:

- Niveaualausgleich anfangs Gymnasium,
- Breite versus Tiefe,
- Profilierung der SPF auf Stufe Gymnasium als Ausgleich zu Wegfall auf PA.

Fazit: Zumindest in Münchenstein sind nicht «grosse Würfe», sondern eher kleinere, dafür auch umsetzbare Verbesserungen gefragt. So genannt neue Lern- und Lehrformen und entsprechende Gefässer haben es eher schwer. Auffällig ist die Skepsis gegenüber der Lehrperson als (unpersönlichem) Coach und gegenüber einem Projekt SeLe. Diese Trends scheinen denn auch in der pädagogischen «Szene» schon wieder am Abflauen zu sein.

Wenig Anhänger unter den Gymnasiallehrpersonen hat allgemein eine forcierte utilitaristische Ausrichtung des Bildungsgangs, wie sie an den Hochschulen mit der Bologna-Reform Tatsache geworden ist und unterdessen auch schon wieder (zumindest teilweise) korrigiert werden soll.

An den Gymnasien mehr Kredit hat die Pflege traditioneller Werte wie das Lehrer-Schüler-Gespräch, die Anregung zu kritischem Denken. Im Zentrum sollen der Normalunterricht mit seiner Vermittlung der Grundlagen und der Allgemeinbildung stehen. Ergänzend dazu gibt es viele Voten für eine (auch stundendotationsmässige) Stärkung der SPF.

Der Ball liegt nun bei der SLK: Sie muss die besten mehrheitsfähigen, aber auch umsetzbaren Ideen der Kollegien aller fünf Gymnasien herausfiltern und an die Projektteams weiterleiten, wobei oberstes Ziel immer ein qualitativ hochstehender gymnasialer Bildungsgang sein muss. Kein einfaches Unterfangen!

Im Frühling folgt die konkrete Planung des Curriculums mit Stundentafeln und Lehrplänen. Mit dieser zeitlichen Staffelung hat die SLK vorerst ein Hickhack um die Sicherung der eigenen Pfründe vermieden. Andererseits ist es für die Motivation der Lehrpersonen, sich im Reformprozess einzubringen, nicht unbedingt förderlich, wenn sie im Moment nicht einmal wissen, ob ihr Fach von der Verlängerung des Gymnasiums überhaupt profitiert oder nicht. Der Stundentafel-Entwurf wird später bei der Lehrerschaft in Vernehmlassung gegeben. Die notwendigen Lehrplan-Änderungen sollen anschliessend in enger Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft erarbeitet werden.

Rahmenbedingungen ...

Was die Sache auch nicht gerade vereinfacht, ist die Erfordernis, nicht nur in kantonalen Dimensionen zu denken und zu gestalten, sondern das BL-Gymnasium «Bildungsraumtauglich» zu machen, zuerst für den «kleinen» Bildungsraum mit Basel-Stadt, dann aber auch für den grös-

seren Verbund mit Aargau und Solothurn im Bildungsraum Nordwestschweiz.

Letztes Jahr erarbeiteten die kantonalen Fachgruppen gemeinsam ein «Maturdesign». Im Dezember beschloss der Regierungsausschuss des Bildungsraums NWCH die vierkantonalen Richtlinien für die harmonisierten Maturprüfungen ab 2011. Die schriftlichen Prüfungen in den Grundlagen- und Schwerpunktfächern an einer Schule müssen nun identisch sein. Und das ist erst ein Baustein im regierungsrätlichen «Programm Mittelschulen»... Eine Vorreiterrolle hat einmal mehr der Kanton AG eingenommen, der die harmonisierte Maturitätsprüfung bereits eingeführt hat.

Der Harmonisierungsdruck ist nur eine der Prämissen, welche die gedanklichen Höhenflüge, zu denen die Kollegien jetzt angespornt werden, wieder auf den harten Boden der Realität bringen werden. Weitere Rahmenbedingungen sind:

- die Beachtung des Maturitätsanerkennungsreglements (MAR),
- die Vorbildung, welche die zukünftigen Schülerinnen und Schüler nach Absolvierung der harmonisierten Volksschule mitbringen werden,
- die Erwartungen der Hochschulen,
- auch diejenigen der Wirtschaft (sofern wir uns denn von ihnen leiten lassen wollen ...),
- weiter die Erwartungen der «Gesellschaft»,
- diejenigen der Politik,
- und nicht zuletzt die finanziellen Ressourcen, die uns eben diese politischen Verantwortungsträger (in ausreichendem Masse?) zur Verfügung stellen werden.

Die Vorschriften des Maturitätsanerkennungsreglements (MAR)

Mit dem Bildungsraum NWCH kann BL nun endlich die Erfordernisse von Artikel 6 MAR erfüllen und ein vier Jahre dauerndes Gymnasium einrichten. In EVAMARII erzielten Kantone mit einem vierjährigen Gymnasium gegenüber Kantonen mit nur dreijähriger Gymnasialdauer deutlich bessere Resultate.

Bei der Neugestaltung des Gymnasiums in BL sind insbesondere die Artikel 5 MAR betr. Bildungsziel, Artikel 11 MAR betr. (prozentuale) Anteile der verschiedenen Lern- und Wahlbereiche und Artikel 11bis MAR betr. Interdisziplinarität zu beachten.

Anscheinend lässt das MAR jedoch einen grösseren Gestaltungsspielraum zu, als gemeinhin angenommen wird. So schlug Lucien Criblez, Prof. für Pädagogik an der Uni Zürich, in seinem Inputreferat am Gym Münchenstein die Schaffung eines «technischen Profils» vor, dank welchem die gymnasiale Maturitätsquote speziell von jungen Männern wieder erhöht werden könnte. Dem Trend, dass das Gymnasium langsam zu einer «höheren Töchterschule» werde, sollte entgegengewirkt werden.

Des Weiteren plädierte Criblez für eine stärkere Typisierung des gymnasialen Bildungsgangs, welche z. B. über Doppelführung aller Fächer sowohl als Grundlagen- als auch als Schwerpunktfächer zu bewerkstelligen wäre.

Die Erwartungen der Hochschulen

Im «Bildungsbericht Schweiz 2010» (SKBF, Projektleitung: Stefan C. Wolter, Aarau) ist zu lesen, dass «rund 140 Dozierende an Deutschschweizer Universitäten die Bedeutung der Fächer für den Studienerfolg» nach folgender «Rangliste ordneten: Deutsch, Englisch,

Informatik-Benutzerwissen, Mathematik. Nach den Lücken der Studienanfängerinnen und -anfänger gefragt, standen Erstsprache (Sprachbeherrschung) und Mathematik häufig an der Spitze. Bei den überfachlichen Kompetenzen werden «schriftliche Ausdrucksfähigkeit», «kritisches Denken» und «selbstständiges Arbeiten und Lernen» am häufigsten als Lücken genannt» (S. 130).

Für die Lehrpersonen an den Gymnasien ergibt sich vor allem die Frage, was sie im eigenen Fach und im eigenen Unterricht optimieren könnten, welche überfachlichen Werte (wie kritisches Denken, Reflexion des eigenen Lernens, Durchsetzungsvermögen, Eigeninitiative), verstärkt einzubeziehen seien, und ebenso, welchen Stellenwert die Maturarbeit in Zukunft haben sollte.

Die Vorbildung an der Volksschule nach HarmoS

Mit der Umsetzung von HarmoS – neu sechs statt fünf Jahre Primar und drei statt vier Jahre Sek.I, der Einführung von Lehrplan 21, Frühfremd auf Primar und der Integration der Sonderbildung –, wird sich die Vorbildung der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten grundlegend verändern. Diese Tatsache gilt es im Auge zu behalten, wenn das Gymnasium «neu gedacht» werden soll. Die Einstellung, «die künftige Sek. I ist für uns eine Blackbox, auf deren Ausgestaltung wir sowieso keinen Einfluss haben», ist da nicht gerade hilfreich.

Kein echtes «Progymnasium» mehr

In der Tat wird es in BL zukünftig kein echtes «Progymnasium» mehr geben. Der jahrzehntelang charakteristische «gebrochene» Bildungsgang – zwei Jahre PA inkl. Vorbereitung auf die gymnasialen SPF und dreieinhalb Jahre Gymnasium – wird mit der Umstel-

lung auf das MAR-konforme vierjährige Gymnasium obsolet.

Die «Sekundarschule unter einem Dach» will die drei unterschiedlichen Leistungszüge näher zusammenführen, durchlässiger und in sich geschlossener werden, samt einem neu im Bildungsraum NWCH eingeführten Abschlusszertifikat, das sich auf die Semesterleistungen, Leistungschecks und – gemäss Lehrplan 21 – auch auf eine Projektarbeit stützen wird.

Nur am Rande sei vermerkt, dass parallel zur Reform der Sekundarschule auch die Lehrerbildung an der FH PHNW reformiert wurde. Neu werden im Gegensatz zum gebrochenen Bildungsgang im leistungsstärksten, aber nicht mehr echt «progymnasialen» Zug nicht mehr spezifisch «progymnasial» ausgebildete Fachlehrpersonen unterrichten.

Es wird denn auch nur noch eine EDK-konforme Ausbildung zur Lehrperson Sek.I geben, welche für den Unterricht auf allen drei Leistungsniveaus (jetzt A, E, P) berechtigen wird.

Zur Wahl stehen ein integrativer Master mit drei bis fünf Fächern, aber weniger fachwissenschaftlichen Ausbildung, und ein konsekutiver Master mit in der Regel drei Fächern, aber immer noch kleinerem fachwissenschaftlichen Anteil als bis anhin. Dieser – zumindest beim integrativen Master markante – Abbau an fachwissenschaftlichem Know-how ist, dies soll deutlich gesagt werden, ein Schritt in die falsche Richtung und muss von der FH PHNW möglichst rasch korrigiert werden.

Mehr Gestaltungsfreiheit

Das neu vierjährige Gymnasium ermöglicht Gymnasium und Sekundarstufe I mehr Gestaltungsfreiheit, doch wird sich das Gymnasium auch auf be-

stimmte Defizite – Wegfall einer echt progymnasialen Vorbildung mit Verzicht auf das Angebot der SPF in der («alten») 3. und 4. Progymnasialklasse – einstellen müssen. Überdies hinaus können – wie nicht nur von Seiten Gymnasium, sondern auch von der Sek. I. befürchtet wird – weitere Defizite hinzukommen, namentlich eine weniger gute Ausbildung in den Fremdsprachen als Folge von Frühfremd (Verlagerung des Hauptteils des F-Unterrichts von Stufe Sek.I auf Stufe Primar, ergo weniger «progymnasialer» Unterricht). Daran wird auch die vielgepriesene Didaktik der Mehrsprachigkeit wenig ändern können.

Chance für neue Angebote der Begabungsförderung

Bereits heute verfügen die Gymnasien in BL über ein ganzes Spektrum an Angeboten in der Begabtenförderung: die Wahlkurstufe, die Maturarbeit, die Immersion, die bilinguale Matur und das Überspringen einer Klassenstufe, wobei Letzteres eher selten zum Zuge kommt, da viele Eltern im Zweifelsfalle ihren Kindern trotz hervorragender Schulleistungen mehr Zeit zur Persönlichkeitsentwicklung gönnen wollen.

Hinzu stossen neuere Angebote der Begabungsförderung wie das vom Gymnasium Liestal 2005 lancierte Schülerstudentenprojekt, über welches im Inform 2010/11-02 berichtet wurde. Dank einer Sonderregelung können exzellente Baselbieter Gymnasiasten bereits während ihrer Schulzeit an der Uni Basel studieren und Credit Points für die spätere universitäre Laufbahn sammeln.

Das vierjährige Gymnasium bietet schliesslich (auch dank der Harmonisierung seiner Inhalte und der Maturprüfungen) die Chance zu weiteren Innovationen, wie der Einführung eines international anerkannten Ab-

schlusses, um den Zugang zu ausländischen Universitäten zu erleichtern. Während das International Baccalaureate (IB) lange nur an Privatschulen für Ausländer angeboten wurde, sind neu auch staatliche Gymnasien auf diesen Zug aufgesprungen. Ab diesem Sommer wird ein Gymnasium in BS als erste öffentliche Schule in der Region IB als Zweitmatur anbieten. In BL wird eine solche Option ebenfalls geprüft, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Kommentar:

Kein vierjähriges Gymnasium ohne die entsprechenden Ressourcen!

Mit der geplanten Verlängerung auf vier Jahre werden insgesamt (lediglich!) ca. 20 Semesterlektionen mehr als bisher (in 3.5 Jahren) zur Verfügung stehen. Dabei sind laut SLK wichtige Desiderate (neue Lerninhalte, neue Lernformen, Unterrichtsorganisation) umzusetzen. All dies wird nicht gratis und franko zu haben sein.

Sollten im März die dafür nötigen Mittel den Sparplänen der Regierung zum Opfer fallen, könnten die Gymnasien ihre Hoffnungen gleich begraben und die SLK die von ihr initiierte Ideensammlung schubladisieren.

Dann sollten konsequenterweise auch die Gymnasiallehrpersonen «sparen», nämlich ihre kostbare Zeit und Energie, und das allgemeine Engagement reduzieren «zugunsten» von Dienst nach Vorschrift.

PISA 2009: Jetzt nicht auf Lorbeeren ausruhen!

Von Christoph Straumann

In der ersten PISA-Studie vor neun Jahren schnitten die Schweizer Schülerinnen und Schüler nicht eben bravourös ab. Heute sieht es besser aus. Die «Volksstimme» wollte in einem Interview Ende letzten Jahres von Christoph Straumann wissen, warum.

Frage: Herr Straumann, was verbirgt sich hinter dem Begriff «PISA-Studie»?

PISA heisst «Programm for International Student Assessment» und ist auf Initiative der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) im Jahr 2000 erstmals durchgeführt worden.

Wer hat diese Studie in Auftrag gegeben?

Die Umsetzung von PISA in der Schweiz wird von Bund und Kantonen gemeinsam finanziert. Sämtliche Kantone haben sich zur Teilnahme an PISA entschlossen.

Was bezweckt die Studie?

PISA erstreckt sich über einen Projektzyklus, bei dem drei Erhebungen im Abstand von drei Jahren stattfinden. Untersucht werden jeweils bei 15-jährigen Jugendlichen die drei Kompetenzbereiche Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Das Ziel von PISA ist die Messung der «literacy», ein Begriff, der nicht nur die Kenntnisse in den einzelnen Fächern umfasst, sondern vor allem die Fähigkeit, über eigene Kenntnisse und Erfahrungen zu reflektieren und dieses Wissen bei der Bewältigung alltäglicher Herausforderungen anzuwenden.

Wie viele Länder beteiligen sich an der Studie?

An der aktuellen Studie haben sich 34 Länder der OECD und 31 Partnerländer beteiligt.

Wie «wichtig» ist eine solche Studie überhaupt?

Am Beispiel der Lesefähigkeit kann man beobachten, was passiert ist: Im Fall der Schweiz wurde vor zehn Jahren festgestellt, dass unsere Kinder nicht zu den besten gehörten. Daraus entwickelten sich Programme und ein Bewusstsein für die Leseförderung, was zu einer positiven Entwicklung führte, die jetzt mit der aktuellen Studie belegt werden kann. Auf der anderen Seite muss aber immer wieder betont werden, dass die Vergleiche einzelner Länder immer nur auf einer mehr oder weniger abstrakten Ebene stattfinden können, die auf Annahmen und statistischen Ausgleichsfaktoren beruht. Sowohl das Bildungssystem als auch verschiedene Faktoren aus dem gesellschaftlichen Bereich (homogene oder heterogene Zusammensetzung, kultureller Hintergrund, Wertehaltung, ...) müssen auf jeden Fall miteinbezogen werden.

Wie aussagekräftig sind die Resultate?

Für die Durchführung von PISA lässt sich die OECD auf renommierte Institutionen, die eng mit den verantwortlichen Institutionen in den teilnehmenden Ländern zusammenarbeiten. Besonders viel Wert wird auf die Entwicklung von fairen Leistungstests gelegt, die die unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Eigenheiten der teilnehmenden Länder berücksichtigen. Sämtliche Schritte, wie die Entwicklung nationaler Testversionen, die Übersetzung der Tests und Fragebögen, die Bildung von repräsentativen Stichproben und die Durchführung der Tests in den Schulen, werden mit einer strengen Qualitätssicherung

überwacht, damit PISA zu zuverlässigen und validen Ergebnissen führt.

Warum schwingt Shanghai beim Lesen, der Mathematik und bei den Naturwissenschaften deutlich obenaus? Sind die Chinesen intelligenter als andere?

Das hat genau mit den oben genannten Faktoren zu tun. Die chinesische Gesellschaft lebt auf vielen Ebenen grundsätzlich anders als wir. Das hat Auswirkungen auf jene Leistungen, die mit derartigen Tests gemessen werden können.

Warum hat die Schweiz in früheren Studien im internationalen Vergleich relativ schlecht abgeschnitten? Unser Land gilt doch bezüglich Bildung international als Musterknabe.

Die Resultate der Schweiz waren nie wirklich schlecht. Beispielsweise bei den Lesekompetenzen spielt auch die Zusammensetzung der Bevölkerung eine Rolle. Die Schweiz ist von ihrer Bevölkerungsstruktur her viel weniger homogen zusammengesetzt (mehr fremdsprachige Kinder) als etwa Finnland. In allen gemessenen Bereichen konnte aber über die Zeitspanne der vergangenen zehn Jahre eine positive Entwicklung festgestellt werden.

Inwiefern haben die PISA-Studien der Vergangenheit die Schulreformen und die Bildungsprogramme in der Schweiz beeinflusst?

Verschiedene Schulentwicklungsprogramme stehen in Zusammenhang mit PISA. Genannt werden können die Diskussion um die Hochsprache als Unterrichtssprache, spezielle Lese- und Frühförderungsprogramme oder auch die ganzen Entwicklungen rund um HarmoS.

Auf welchen Gebieten hat die Schweiz noch Handlungsbedarf? Die aktuellen Resultate der Studie



sind für die Schweiz sicher ein positives Signal. Es zeigt sich für mich vor allem, dass die Lehrerinnen und Lehrer gute Arbeit geleistet haben und mit ihren Schülerinnen und Schülern viel erreichen konnten. Der Hauptanteil am momentanen Erfolg haben für mich nicht unbedingt nur die speziellen Programme und schon gar nicht die erst kürzliche in Angriff genommenen Bildungsreformen. Resultate, wie sie nun vorliegen, sind nur möglich, wenn in jeder Schulstunde über das ganze Jahr hindurch intensiv gearbeitet wird. Die Lehrpersonen sind somit stark gefordert: Neben dem Bereitstellen von hochstehenden Förderkonzepten wird von ihnen auch ständiges Motivieren, Fordern und Insistieren verlangt. Für mich ist klar: Die

Lehrpersonen sind der zentrale Faktor für einen guten Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler.

In welche Richtung muss sich die Schule weiterentwickeln?

Wichtigster Punkt für die Zukunft wird sein, dass mindestens die heutige Situation erhalten werden kann. Auf keinen Fall dürfen wir uns jetzt auf den Lorbeeren ausruhen. Ein grosser Einsatz in den Schulen ist weiterhin unabdingbar. Damit dieser Einsatz möglich ist, brauchen Lehrpersonen verlässliche Arbeitsbedingungen (u. a. korrekte Umsetzung des Berufsauftrags) und genügend Zeit, einerseits für die erforderliche individuelle Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch eine Senkung der Klassengrös-

sen, andererseits für die Erfüllung aller Aufgaben ausserhalb des eigentlichen Unterrichts durch Pflichtstundensenkung.

Welchen Beitrag können die im Baselbiet anstehenden Reformen leisten?

Neue Bildungsreformen sind nur dann effektiv, wenn sie zusammen mit den Lehrpersonen in einem vertretbaren Tempo und mit den nötigen Ressourcen angegangen werden. Das muss in nächster Zeit im Baselbiet ganz speziell beachtet werden. Bei unsorgfältiger Umsetzung besteht durchaus die Gefahr, dass heutige Bildungsleistungen nicht mehr erreicht werden können.

Ware Bildung? Wahre Bildung!

Von Doris Boscardin

Jochen Krautz, Kunstpädagoge an einer deutschen Universität und bekannt als alternativer Bildungsexperte, kam im Januar an die Uni Basel, um auf Einladung des Vereins «Denknetz» seine im Buch «Ware Bildung» vertretenen Thesen vorzustellen und zu diskutieren.

Kritischer Blick auf die neoliberal geführte Bildungsreform

Bildung ist eines der massgeblichen Themen unserer Zeit. Ob PISA, Elitendebatte, neue Studiengänge oder Beschwörung der Disziplin – Schulen und Universitäten stehen im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und sind vermehrter Kritik ausgesetzt.

Im Jahr 2007 erschien das Buch «Ware Bildung: Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie» von Jochen Krautz. Es schlug in die Bildungsdiskussion ein wie eine Bombe. Krautz (heute Dozent für Kunstpädagogik an der Alanus Hochschule in Bonn) gehört mit Jahrgang 1966 einer jüngeren Generation an, welche sich dagegen wehrt, dass der Markt diktiert, welches Wissen relevant sein soll.

In seinem Buch analysiert er die Entwicklung des deutschen Bildungssystems und bezieht klar Position für eine humanitäre und gegen eine ökonomisierte Bildung.

Seiner Ansicht nach wird Bildung in der heutigen Gesellschaft vor allem als Ausbildung verstanden, als Vorbereitung auf das konkurrenzgeprägte Wirtschaftsleben, wobei die Kinder zu «Lernmaschinen» reduziert werden: «Dass Bildung und Erziehung dazu beitragen sollen, die Humanität

des Menschen zu entfalten, ist eine alte Überzeugung des Abendlandes. Das ist der soziale Erziehungsauftrag der Schule und der Bildungsauftrag der Hochschulen. Wenn Bildungseinrichtungen Dienstleister sind, ist das, was sie verkaufen, eine Ware und ihre Schüler und Studenten sind die Produkte. Dann läuft es ab wie in einem Produktionsbetrieb: Input geben, Maschine läuft, Output präsentieren.» («Ware Bildung», S. 7).

Mit seinem Plädoyer für eine humanitäre Bildung will Krautz nicht als Befürworter einer idealistischen Utopie missverstanden werden: «Selbstverständlich können wir uns nicht mit dem Hinweis auf Bildungsziele der Realität der heutigen Arbeitswelt, des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftsweise entziehen. Die auf Profitmaximierung gerichtete Ökonomie setzt Arbeitnehmer unter hohen Druck. (...) Gerade deshalb kann es aber umso wichtiger sein, dass Schule und Hochschule Menschen heranbilden, die einerseits auf diese Anforderungen reagieren, in ihnen leben und überleben können. Die aber zugleich um die weiteren Möglichkeiten des Menschen wissen, die es nicht dabei belassen, für das eigene Fortkommen zu sorgen, denen die Verlierer nicht gleichgültig sind. Die eine ethische Orientierung haben, die wissen, dass trotz allen Drucks diese Art von Leben nicht das eigentliche Leben ausmachen kann.» («Ware Bildung», S. 22).

«Die Kernaufgabe der Schule ist eine pädagogische. Das klingt scheinbar banal, ist aber nahezu vergessen. Denn von der Schule verlangt man heute alles Mögliche und Unmögliche: Sie soll «Rechenkompetenz» schulen und PISA-tauglich machen, soll vermitteln, wie man Bewerbungsschreiben verfasst und Verkehrserziehung betreiben, soll in Computer-Handhabung und Internetrecherche

einführen, zugleich Kreativität ermöglichen und Disziplin beibringen (...). Man könnte die Liste beliebig erweitern, weil die Auswahl beliebig ist.» («Ware Bildung», S. 24).

«Was heisst das nun, wenn die Schule vor allem eine pädagogische Aufgabe hat? Zum Beispiel, dass alle angeführten Inhalte, Ziele und Wünsche zwar bedenkenswert sind, aber zunächst darauf geprüft werden müssen, ob sie die allgemeine Bildung und Erziehung der Schüler fördern.» («Ware Bildung», S. 25).

Für das Lernen zentral ist laut Krautz die pädagogische Beziehung zwischen Lehrer und Schüler, worin ihm Hirnforscher wie Manfred Spitzer beipflichten. Gelernt wird, wenn positive Erfahrungen gemacht werden. Diese wiederum bestehen in positiven Sozialkontakten. Lernen vollzieht sich immer in Gemeinschaft. Die pädagogische Kunst bezweckt, den Schüler für die eigentlichen Bildungsinhalte aufnahmefähig zu machen.

Krautz an seinem Vortrag in Basel

Seit der Publikation seiner Streitschrift «Ware Bildung» hat Krautz Dutzende von Vorträgen gehalten. An der vom Verein «Denknetz» organisierten Veranstaltung an der Uni Basel vom 18. Januar sprach er denn auch vor vollen Rängen.

In seiner Einführung prangerte der Moderator von «Denknetz» die verhängnisvolle Entwicklung an, die dazu geführt habe, dass nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz möglichst marktfähige Bildung hergestellt werden müsse: «Es muss Mathe her, anwendbare, nutzbare Mathe. Standardisierte Produkte müssen auch in der Bildung her, samt Qualitätskontrollen, Benchmarks etc. Die Schule muss wirtschaftstauglich werden, der Markt ist heilig, von einer blühenden Wirtschaft profitie-

ren wir alle. Aber: Wollen wir das? Warum können wir über Bildung und Schule nicht mehr anders reden als im Jargon des Markts?»

Vom Kindergarten bis zur Hochschule verkommt die Bildung zur Ware

Anhand zahlreicher treffender Beispiele zeigte Krautz in seinem Referat, wie die Bildung auf allen Schulstufen – vom Kindergarten bis zur Universität – immer mehr zur Ware verkommt. Dabei entlarvte er die überall kursierenden Schlagworte der Bildungsökonomie von «lebenslangem Lernen», «Kompetenzen», «Bildungsstandards» und «Qualitätsentwicklung» bis zu «Humankapital» und «Output-Orientierung» als Instrumente eines auf wirtschaftlichen Nutzen verengten Bildungsbegriffs. «Die Ökonomisierung, die Universalisierung des Marktprinzips, hat alle menschlichen Lebensbereiche erfasst. Wir stehen permanent im Aldi, wir denken immer an unseren eigenen Vorteil» (Zitat Krautz vom Vortrag).

Krautz strebt nach dem Ideal einer zweckfreien Bildung Humboldt'scher Prägung, er plädiert für eine wahre Pädagogik, in deren Mittelpunkt

endlich wieder der Mensch steht. Er kritisiert, dass heutzutage schon in der Primarschule Panik herrscht, wie die Kinder «fit für die Zukunft» gemacht werden können. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, ja auf der ganzen Welt, gehorche das Bildungswesen mit Massnahmen wie Leistungsstandards und Evaluationen immer mehr wirtschaftlichen Effizienzansprüchen.

So hat die Hochschulpolitik im Zuge der Bologna-Reform mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen seiner Ansicht nach eine Richtung eingeschlagen, die nichts mehr mit Bildung oder forschendem Lernen zu tun hat. Wenn Hochschulen als Unternehmen agieren sollen, bleibt ihnen weniger Zeit für die eigentliche pädagogische Arbeit, was letztlich weder zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der Abschlüsse noch zu einer besseren akademischen Bildung führt. «Die Studenten sagen: Wir sind nicht Futter in Denkfabriken, wir wollen denken lernen».

Laut Krautz sind die Auswirkungen einer Bildungspolitik, in welcher sich die Investitionen «lohnen» müssen, verhängnisvoll. Die öffentliche Schu-

le wird vom Staat ungenügend mit Ressourcen ausgerüstet, Schüler, Studenten, Lehrer und Dozenten leiden unter der grösseren Belastung und der Verknappung der Mittel.

Immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird die Idee von Erziehung zu Freiheit und Selbstverantwortlichkeit sowie von Wissenschaft, die auf Wahrheit und nicht auf Nutzen zielt. «Der Student soll aber nach Wahrheit forschen, das ist der Nutzen der Universität. Bildung ist die Basis der Demokratie. Wer Bildung abbaut, muss sich fragen lassen, was für ein Verständnis von Demokratie er hat».

Krautz sieht wahre Bildung als Persönlichkeitsentwicklung und Erziehung als personalen Prozess zwischen Lehrer und Schüler. «Bildung ohne personales Verhältnis geht nicht», Lernen braucht ein Gegenüber, ist interaktiv. Wichtige Voraussetzung ist «der Rückhalt des Schülers im Elternhaus und eine seelische Verfassung, die ihm hilft, aufmerksam zu sein auf die Dinge, die wichtig sind».

Kritisch unter die Lupe nimmt Krautz «angeblich fortschrittliche Methoden selbstgesteuerten Lernens, da die

pädagogische Beziehung zwischen Lehrer und Schüler und die Klassengemeinschaft zunehmend geschwächt werden. Das ist kein pädagogischer Fortschritt!»

All die Reformen haben laut Krautz nicht dazu beigetragen, dass die Bildung besser wird. Im Gegenteil, durch, wie er sich drastisch ausdrückt, «perverse Effekte» «können Reformen das Gegenteil von dem bewirken, was sie wollten». So glaubt er gar, dass «Schul- und Hochschulabgänger immer schlechter werden». Reformskeptische Lehrer, die sagen, «wir müssen gemeinsam das erhalten, was wir mal hatten, bevor wir wissen, wohin wir gehen wollen», seien «keineswegs rückständige Veto-Player».

In der an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde Krautz aufgefordert, zu begründen, warum die Schüler seiner Meinung nach immer schlechter würden. Seine Antwort, er spreche nur für Deutschland, da seien die Schüler nicht mehr fähig, Prüfungsaufgaben von früher zu lösen, vermochte nicht zu befriedigen.

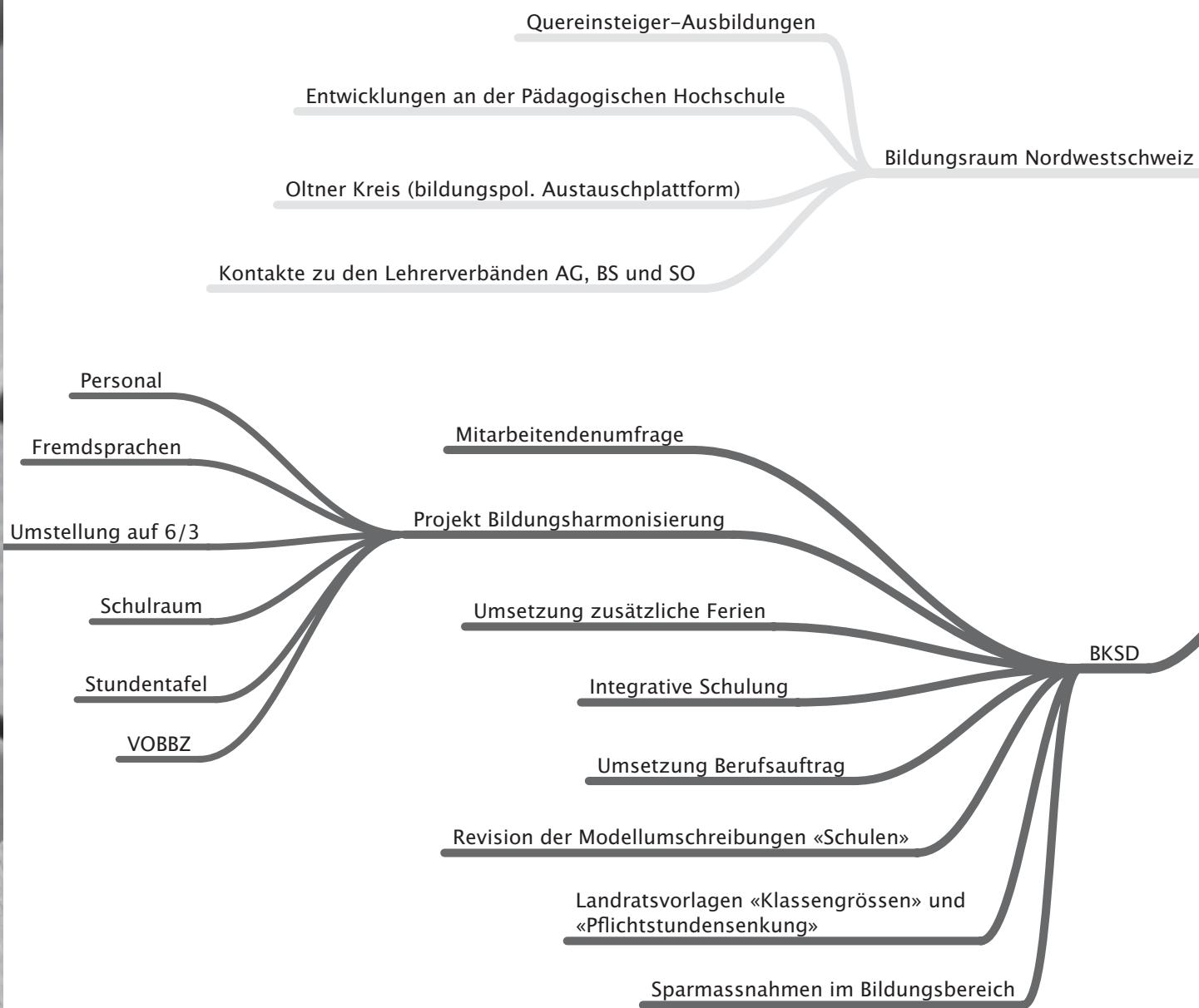
Eine weitere Frage betraf die Integrationsdebatte. Nach Krautz «steckt in den Sonderschulen in Deutschland relativ viel Geld und sie funktionieren relativ gut. Mit der Integration der Sonderschulung wird die Arbeit in den Regelschulen schwieriger und den jetzigen Sonderschülern wird weniger geholfen».

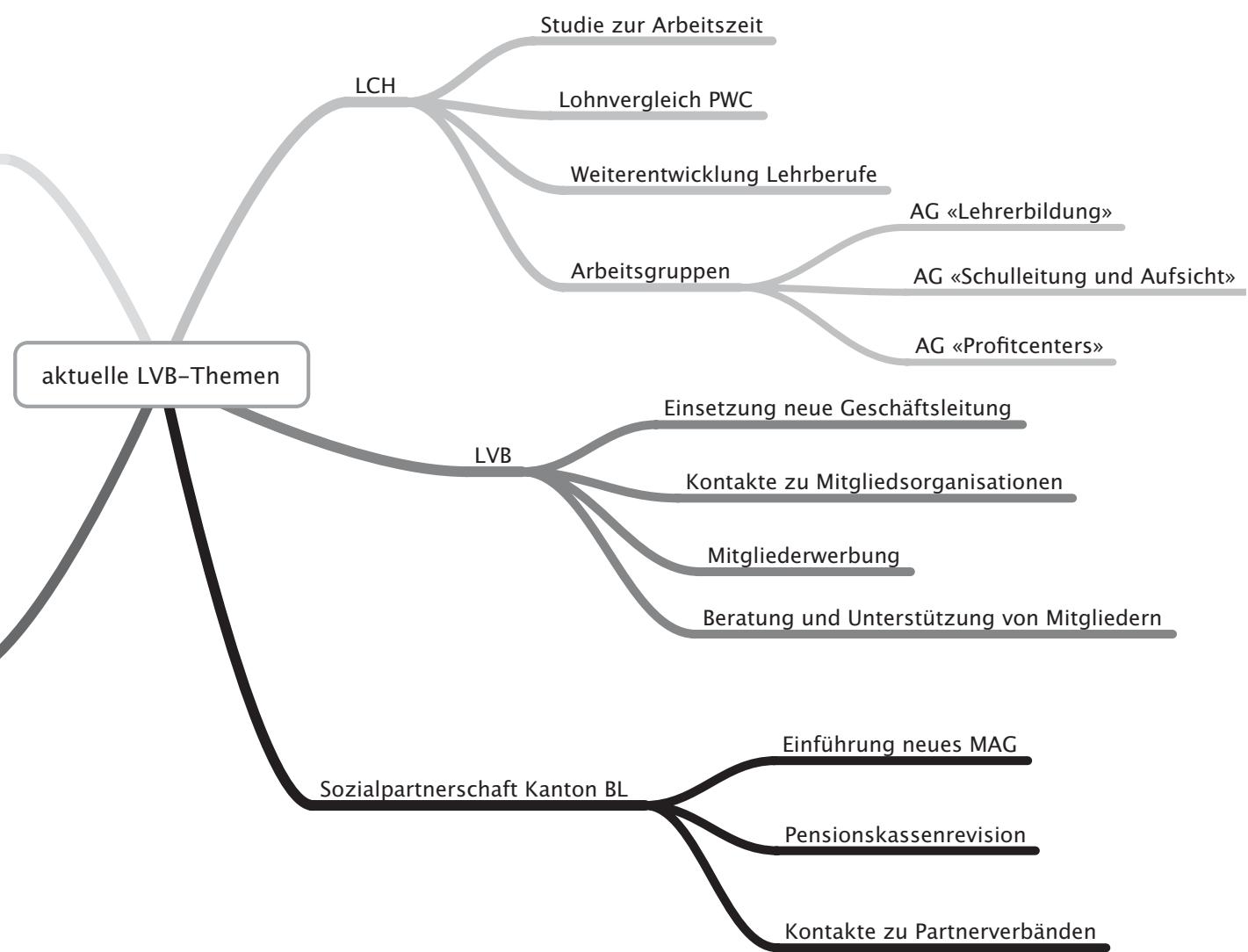
Kommentar: Jochen Krautz spricht aus, was sich so viele nicht zu sagen trauen. Auch wenn er sich in der Rolle des Provokateurs zu gefallen scheint, ist seine Stimme in der aktuellen Bildungsdebatte ernst zu nehmen. Sein Buch ist durchaus lesens- und bedenkenswert, gerade, weil er sich darin nicht um Ausgewogenheit bemüht, sondern klar Position bezieht für eine Bildung, die Unabhängigkeit, Kritikfähigkeit, Menschlichkeit und Verantwortung stärkt. Schule ist eben kein Wirtschaftsbetrieb, sondern – wenn sie ihrem Auftrag gerecht werden will – ein Raum für Kinder und Jugendliche, Wissen zu er-

werben und ihre Persönlichkeit zu entfalten. «Im Kern bleibt die alte Aufgabe (der Schule): In personaler Bildung Schüler zu bilden und zu erziehen» («Ware Bildung», S. 231). Für diese Aufgabe brauchen die Lehrpersonen Zeit und Bedingungen, in denen sich Menschlichkeit entfalten kann. Statt immer neuer unsinniger Reformen und Verordnungen, die Lehrpersonen von der eigentlichen Arbeit abhalten, fordert Krautz zu Recht eine Konzentration auf den Kern des pädagogischen Geschehens.

Da sind wir dran!

Von Christoph Straumann





Perlenfischen

Von Doris Boscardin

- **Eine erste Perle**, gefunden in der SonntagsZeitung vom 30.1.2011 unter dem Titel «**Fahrlehrer darf jetzt Staatsanwalt sein**».

Quereinsteiger sind also nicht nur in der Bildung, sondern auch in der Juristerei ein leidiges Thema. Konkret wurden mit der Einführung der neuen Strafprozessordnung juristische Laien zu Staatsanwälten gemacht. Fachleute warnen nun vor Fehlurteilen, wenn z. B. ehemalige Polizisten als neugebackene Staatsanwälte Strafuntersuchungen leiten. Ebenso fragwürdig sei es, wenn Laien einen Fall vor Gericht vertreten. Der Anwalt auf der anderen Seite sei ja immer ein Profi. Für den Job des Staatsanwalts brauche es darum ein Jura-Studium: «Kein Spital stellt einen Laien als Arzt an».

Kommentar: Wird die Quereinsteiger-Problematik als solche nur dort erkannt, wo es um Leben und Tod geht?

- **Perle 2**, nochmals fündig geworden in der SonntagsZeitung, diesmal am 13.2.2011 unter dem Titel «**Lernhäppchen und dazwischen coole Sprüche**».

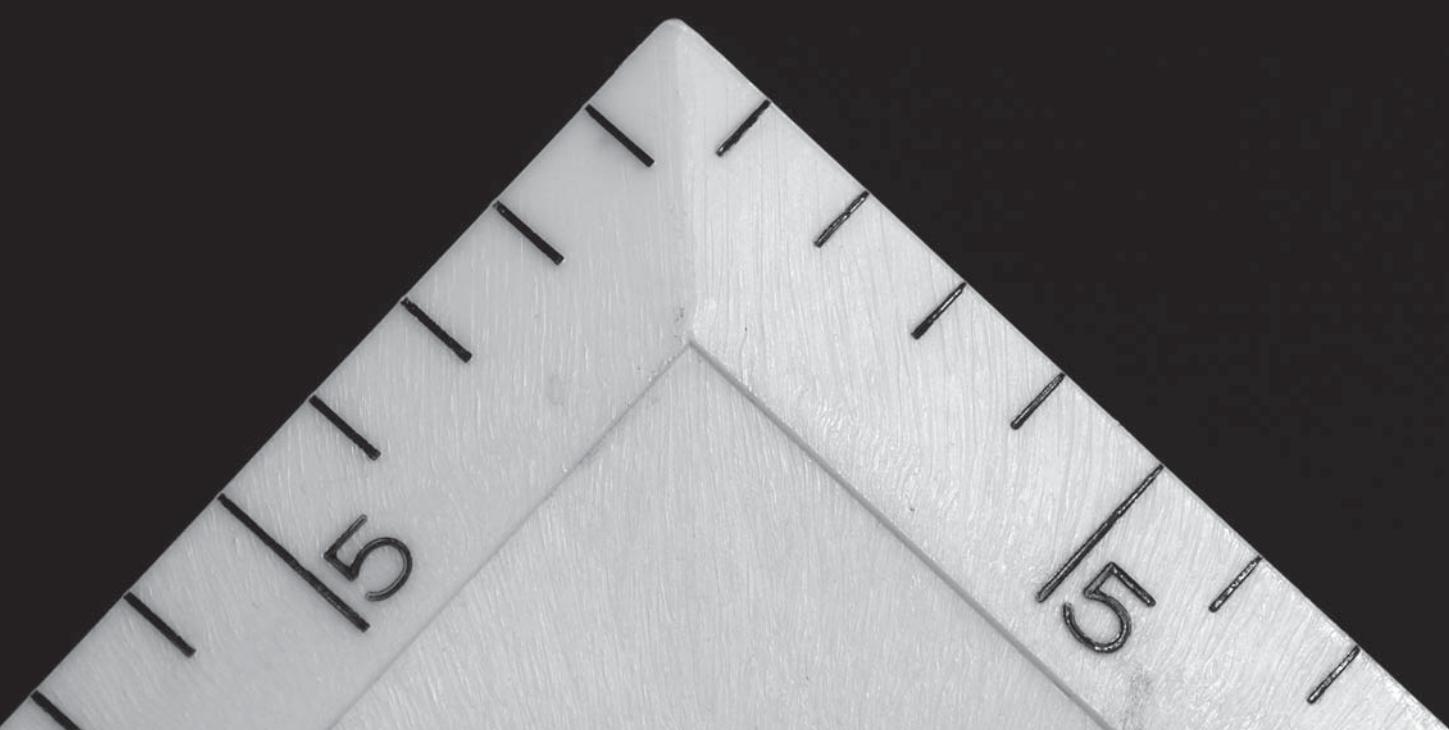
In seinem neuen Buch «Bildung braucht Persönlichkeit» rät Gerhard Roth, immerhin einer der führenden Neuroforscher Europas, Erkenntnisse aus der Hirnforschung im Unterricht vermehrt zu berücksichtigen, damit vom Lernen mehr hängenbleibt. Wegen der limitierten Speicherkapazität des Arbeitsgedächtnisses sollten die Lehrer den Stoff idealerweise in Häppchen servieren, unterbrochen von

Zwischenbemerkungen oder auflockernden Sprüchen. Frontalunterricht ja, aber nicht länger als 30 Minuten am Stück. Die Lernforscherin Elsbeth Stern von der ETH Zürich kommentiert kritisch: «Da werden Befunde aus der Unterrichtsforschung als Versatzstücke pseudowissenschaftlich unterfüttert.»

- **Perle 3**, BaZ vom 3.2.2011, mit dem Titel «**Für Teenager hat Morgenstund Blei im Hintern**».

Teenager, die frühmorgens schlaftrunken in den Schulbänken hängen, sind nicht einfach faul, sondern «oft extreme Eulen», wie Schlafforscher in Basel herausgefunden haben. Wenn der Wecker den natürlichen Schlafrhythmus vorzeitig unterbreche, so könne dies zu schlechten Leistungen, mehr Aggressionen und sogar zu gesundheitlichen Problemen führen. In Basel-Stadt wurde deshalb zur Förderung der Konzentrationsfähigkeit der Jugendlichen ein parlamentarischer Vorstoss, der einen späteren Schulbeginn fordert, eingereicht.

Kommentar: Bei allem Verständnis für die Berechtigung dieses wissenschaftlich untermauerten Anliegens stellt sich die Frage, wann die «extremen Eulen» denn zu Bett gingen und was sie bis dahin taten, und wann die «verschlafene» Stunde im hektischen Tagesablauf wieder hereingeholt wird? Und gilt der Vorschlag auch für Jugendliche, die sich zum Beispiel in einer Lehre befinden? Und wie wäre es mit einer Siesta nach dem Mittagessen, für alle?



- **Perle 4**, am frühen Morgen des 26.1.2011 gefunden in der PendlerInnenzeitung 20minuten unter dem Titel **«Kinder können besser PC spielen als Schuhe binden»**.

Laut einer neuen Studie können zwei- bis fünfjährige Kinder heute besser einen Computer bedienen als schwimmen oder Schuhe binden.

Kommentar: Wenn schon die meisten Babys eine Online-Präsenz haben (auch dies ein Resultat der Studie), ist es dann noch erstaunlich, wenn es den Kindern in der Schule an Konzentrationsfähigkeit und Interesse für den manchmal trockenen Schulstoff mangelt?

- **Perle 5**, oder besser: ein ganzes Perlencollier, zu finden im neuen Buch von Amy Chua, **«Die Mutter des Erfolgs. Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte»**. Der englische Titel ist um einiges fetziger: «Battle Hymn of the Tiger Mom» – übersetzt also «Schlachthymne der Tigermama». Weltweit ist eine wütende Diskussion über den Erziehungsbestseller der amerikanischen Juraprofessorin entbrannt, deren Eltern arme Einwanderer aus China waren.

Worum geht es? Sie und ihr Mann haben ihre beiden Töchter nicht nach westlichen, sondern chinesischen Methoden erzogen, d.h. mit härtestem Drill. Die Grundsätze einer «chinesischen» Erziehung hält Amy Chua gleich zu Beginn ihres Buches fest: «Sophie und Louisa», ihre beiden Töchter, heißt es, durften «niemals bei Freundinnen übernachten, Kinderpartys besuchen, im Schultheater spielen, fernsehen oder Computerspiele spielen, sich ihre Freizeitaktivitäten selbst aussuchen, eine schlechtere als die Bestnote bekommen, nicht in jedem Fach, ausser Turnen und Theater, Klassenbeste sein, ein anderes Instrument spielen als Klavier oder Geige, nicht Klavier oder Geige spielen» (S. 9). Sie beschließt, dass ihre Töchter als Musikerinnen Karriere machen sollen. Nun wird deren Kindheit zur Tortur, die Erziehung ein gnadenloser Kampf, der ihr und ihren Töchtern alles abverlangt.

Kommentar: Amy Chua, eine Art Reinkarnation von Cruella De Vil, zeigt beispielhaft, wie man Kinder zu Höchstleistungen trimmen kann. Dabei hat sie auch in Kauf genommen, dass ihre Töchter sie zumindest zeitweise gehasst haben sollen. Ist Erfolg aber das Mass aller Dinge, oder zählt irgendwo noch das Kind mit seinen eigenen Bedürfnissen? Darf es keine eigenen Erfahrungen machen, sich eine eigene Meinung bilden?

Aus westlicher Sicht wirken die chinesischen Erziehungsmaximen verstörend, auch wenn man selber kein Anhänger von «Kuschelpädagogik» ist! Anzustreben wäre vielmehr ein goldener Mittelweg: Disziplin und das Aufzeigen von Grenzen sind in der Erziehung ebenso wichtig wie ein Freiraum für eigene Entscheidungen und Kreativität.

- **Perle 6**, gefunden in der Zeitschrift Geo, Ausgabe vom Februar 2011. Die Titelgeschichte dreht sich um die Frage, was gute Schule ist. Antwort: «Vor allem das: eine Schule mit guten Lehrern.»

Zitat aus dem Editorial: «Wer es sich hübsch einfach machen will mit seiner Meinung über Schule, der rumort über faule Lehrer – obwohl sie im Durchschnitt mehr als 50 Stunden pro Woche arbeiten. Der schimpft über verbeamtete Sicherheit – obwohl schon gut 200'000 der 800'000 Lehrer in Deutschland keinen Beamtenstatus mehr haben. Und der beklagt die Überalterung der Lehrer – die Tatsache ist, aber kein Wunder angesichts des Autoritäts- und Vertrauensverlustes, den dieser Beruf erfahren hat. Wer will schon noch ins Krisengebiet?

Wer es sich nicht ganz so leicht macht, nimmt zur Kenntnis, wie gewaltig die Ansprüche an Lehrer hierzulande gestiegen sind. (...) Pädagogen sehen sich längst mit der Erwartung konfrontiert, sie müssten für die Erziehung der Kinder mehr leisten als die Eltern. Und ausserdem alles reparieren, was im gesamtgesellschaftlichen Betrieb so anfällt: Zuwendungs- wie Sprachdefizite, die Unfähigkeit zu Bindung und Aufmerksamkeit, die Abhängigkeit von medialen Drogen, die Gewaltlatenz wie die Unsicherheit, die aus Armut kommt. Dabei belegt noch die jüngste PISA-Studie, dass Schule nicht alles kann. (...)

Brauchen wir also ein anderes System, um die sicher nicht kleiner werdenden Erwartungen an den Rundum-Dienstleister Schule zu erfüllen? Nein, vielmehr brauchen wir besser ausgebildete und besser unterstützte Lehrer, ist das Fazit der Titelgeschichte.»

Kommentar: Das Fazit – das wohl nicht nur für Deutschland gilt, sondern ebenso gut auf die Schweiz übertragen werden kann – ist Balsam für die Lehrerseele!

LVB-Informationen

Beteiligen Sie sich an unserem «Stimmungsbarometer»! Melden Sie uns Ihre Mailadresse!

In den kommenden Wochen dürfte die Möglichkeit einer raschen Kommunikation mit unseren Mitgliedern sehr wichtig sein. Der LVB ist deshalb daran, eine Web-Applikation zu entwickeln, die es ermöglicht, den Unmut seiner Mitglieder mittels Fragen zu aktuellen Entwicklungen bezüglich Arbeitsbedingungen, Bildungsreformen oder Sparvorhaben jeweils auch ganz kurzfristig zu erfassen. Für eine schnelle Kontaktaufnahme mit unseren Mitgliedern benötigen wir Ihre Mailadresse. Bitte melden Sie uns diese – falls Sie unseren Newsletter noch nicht erhalten – über: info@lvb.ch. Besten Dank!

Zwei positive Entscheide aus dem Landrat

Der Landrat hat an seiner Sitzung vom 25. November 2010 zwei wichtige Entscheide gefällt:

- Eine Petition, die eine **Pflichtstundensenkung für Klassenlehrpersonen** fordert, wurde an den Regierungsrat überwiesen.
- Eine Motion von Jürg Wiedemann zur **Reduktion der Klassengrössen** wurde ebenfalls überwiesen. Das bedeutet, dass der Regierungsrat nun dem Landrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten hat. Das sind gute Entwicklungen. Der LVB wird sich dafür einsetzen, dass diese Beschlüsse nicht in irgendeiner Schublade liegen bleiben.

Globales Lernen

Die Stiftung Bildung und Entwicklung, Bern, ist bekannt für ihre Buchbesprechungen und ihr Sortiment an Lehrmitteln und Unterrichtsmaterialien zum Globalen Lernen, welche sie auf www.globaleducation.ch vertreibt. Diesmal präsentiert sie den Materialtipp **«Geist ist geil! – Wie Werbung gemacht wird»**. Die Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schülern ab dem 8. Schuljahr vermittelt die Funktionsweise von Werbung auf ansprechende und originelle Weise. Es gilt, das eigene Konsumverhalten zu reflektieren und die Strategien der Werbemacher/-innen zu verstehen. Schritt für Schritt werden die Mechanismen von Werbung und die Rolle der Konsumierenden untersucht. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse werden in einem eigenen Werbe-Projekt zum Schutz des Regenwaldes umgesetzt. Die 35 anregenden Arbeitsblätter können direkt im Unterricht ab dem 8. Schuljahr eingesetzt werden.

Ebenfalls auf www.globaleducation.ch: **«Abfall: Mehr als Müll?»** Ein neues Themenfenster über den Umgang mit Rohstoffen, den eigenen Konsum und Alternativen. Mit Anregungen und Materialtipps für den Unterricht auf allen Stufen.

Pensioniertenprogramm 2011

Den pensionierten LVB-Mitgliedern wird mit dieser Ausgabe des Ivb.inform das neue Veranstaltungsprogramm zugestellt. Es enthält eine Fülle von Angeboten zu attraktiven Ausflügen und spannenden Führungen. Die Veranstaltungen sind jeweils auch auf www.lvb.ch unter: AKTUELL > Veranstaltungen > Pensionierte publiziert.

Fachstelle Erwachsenenbildung BL (FEBL)

Der Landrat hat Ende Januar das **neue Weiterbildungskonzept BL** beschlossen und damit die Weichen für die kantonale Förderung des Weiterbildungssektors in den nächsten Jahren gestellt. Das Konzept definiert die Rahmenbedingungen für eine einheitliche Förderung und Koordination allgemeiner sowie berufsorientierter Weiterbildungsdienstleistungen.

Das **diesjährige WB-Programm** steht unter dem Motto **«ZUKUNFT SCHULEN»**. Mit ihrem Kursangebot trägt die FEBL zur professionellen Umsetzung von HarmoS in der Region bei.

Die neue **Passepartout-Broschüre** mit Kursangeboten für das 1. Halbjahr 2011 ist erschienen. Das Dokument finden Sie auf der Homepage der FEBL unter www.febl.ch in der Rubrik Downloads. Für die Kurse können Sie sich online anmelden.

Für **schulinterne WB-Vorhaben** (SCHIWE, z. B. während der Karwoche) kann die FEBL anteilig **Beiträge** sprechen zu Vorträgen, Führungen und Museumseintritten. Reisespesen, Unterkunft und Verpflegung werden nicht übernommen. Das entsprechende Antragsformular ist zu finden auf www.febl.ch unter Downloads.

Neue Lehrmittel und Arbeits- und Begleitmaterialen

«Unterwegs auf Kulturwegen». Die Schweizerische Stiftung Pro Patria gibt ein Lehrmittel für den fächerübergreifenden Unterricht heraus. Es heißt «Unterwegs auf Kulturwegen» und wurde von ViaStoria – Zentrum für Verkehrsgeschichte und der Pädagogischen Hochschule Bern entwickelt. Das Lehrmittel unterstützt die Umsetzung der Lehrpläne der Primarstufe und der Sekundarstufen. Es führt Schülerinnen und Schüler altersgerecht an kulturgeschichtliche Themen heran. Weitere Infos unter: www.kulturwege-schweiz.ch

DVD «Die Deutschklasse». Unter der Regie des bekannten Dokumentarfilmers Paul Riniker entstand das Portrait einer Integrationsklasse für fremdsprachige Migrantenkinder, die für die schweizerische Schule fit gemacht werden sollten. Dauer des Films: 52 Minuten. Weitere Infos über info@rinikercommunications.ch. Arbeitsmaterialien zum Download über www.phsh.ch>Forschung>Forschung und Entwicklung>Entwicklung/Unterrichtsmaterial>Die Deutschklasse

DVD «Von Grund auf dabei – Für mehr Männer an die Unterstufe!». Eine DVD für Männer, die sich überlegen, Lehrer zu werden. Eine Produktion des Netzwerks Schulische Bubenarbeit NWSB. Regie: Nico Gutmann. Mehr Infos über www.nwsb.ch

Der VTGHK stellt sich vor

Von Esther Schmid



Der Verein für Textiles Gestalten, Hauswirtschaft und der KursleiterInnen Baselland besteht schon seit mehreren Jahren. Viele Lehrpersonen haben in diesem Verein mitgewirkt, viel Zeit investiert und einiges erreicht. Dazu gehören beispielsweise die Erhöhung des Mahlzeitengeldes im Hauswirtschaftsunterricht oder die Erhöhung der Lohnklasse.

Wer sind wir?

Zurzeit besteht der Vorstand des VTGHK aus drei Frauen (v.r.n.l.):

- **Esther Schmid (Präsidentin):** Fachkommission Textiles Gestalten, Frauen plus. Unterrichtet seit 1992 Hauswirtschaft und Textiles Gestalten an der Sekundarschule Therwil.
- **Tamara Sequenzia:** Kasse. Unterrichtet seit 2002 Hauswirtschaft und Sport an der Sekundarschule Therwil.
- **Barbara Wenziker:** Fachkommission Hauswirtschaft. Unterrichtet seit 1989 Hauswirtschaft und Sport an der Sekundarschule Reinach.

Angelika Fischer und Isabella Wyss arbeiten seit der Jahresversammlung im Oktober 2010 tatkräftig mit und werden an der nächsten Jahresversammlung zur Wahl empfohlen.

Was machen wir?

Wir wollen unsere Fachbereiche stärken und in der Öffentlichkeit besser vertreten. Jeweils im Oktober veranstalten wir unsere Jahresversammlung. Wir treffen uns jährlich mit den Präsidentinnen aller Deutschschweizer Kantone zum gegenseitigen Austausch. Wir treten mit verschiedenen Aktionen an die Öffentlichkeit. So findet z. B. am 21. März dieses Jahres der «Tag der Hauswirtschaft» statt. Engagierte Hauswirtschaftslehrpersonen können an unserem Projekt «Einkaufstaschen» mitwirken! Wir LehrerInnen und die SchülerInnen machen auf unser Schulfach in der Öffentlichkeit aufmerksam.

Das ist uns wichtig und dafür machen wir uns stark:

- **Stundendotation:** Wir stehen für den Erhalt der Stundendotation in den Bereichen Textiles Gestalten und Hauswirtschaft in der Stundentafel der Volksschule ein.
- **Ausbildung:** Es ist uns wichtig, dass Fachlehrpersonen fundiert ausgebildet werden. Sie sind dafür verantwortlich, dass der Berufsstand positiv in die Zukunft blicken kann. Sie sind die Visitenkarte dieser Fächer und geben ihr Bestes!

Das Fach Hauswirtschaft soll in Zukunft auch im Niveau P obligatorisch

sein und auf der Sekundarschule II angeboten werden. Somit können künftige Studierende an der FHNW bereits auf ein an der Schule erworbenes Grundwissen zurückgreifen.

Zudem beschäftigen wir uns mit der Ausbildung neuer Lehrpersonen für Textiles Gestalten auf der Primarstufe. Momentan werden diese Stunden oft durch Monofachlehrpersonen unterrichtet, welche noch die seminaristische Ausbildung absolviert haben. Wer wird in Zukunft Textiles Gestalten auf der Primarstufe unterrichten? Die Fachkommission Textiles Gestalten hat von der Geschäftsleitung LCH einen Mandatsauftrag erhalten, um die Zukunftsperspektiven zu analysieren und daraus resultierende Forderungen an die Ausbildung zu erstellen. Bis im April 2011 wird ein Positionspapier ausgearbeitet.

- **Begeisterung:** Es ist unser Ziel, bei den Schülerinnen und Schülern Begeisterung zu schaffen für unsere Fächer! Denn hier können Schlüsselkompetenzen, die von den Wirtschaftsverbänden und Berufsschulen gefordert werden, aktiv und realitätsnah geübt werden. Zudem sind Kreativität, Ausdauer, manuelles Geschick, das Automatisieren von Tätigkeiten sowie das Arbeiten im Team unentbehrlich, ja entscheidende Voraussetzungen für das Leben an sich.

Wir sind davon überzeugt, dass die Bedeutung der gestalterischen Fächer und der Hauswirtschaft nicht zu unterschätzen ist und diese Fächer deshalb in der Stundentafel erhalten bleiben sollen.

Mit diesem Portrait des VTGHK endet eine Artikelserie, welche zum Ziel hatte, alle LVB-Verbandssektionen im Inform mit ihren aktuellen Anliegen selbst zu Wort kommen zu lassen.

«Ich bin doch nicht blöd!»

Glosse von Heinz Bachmann



Mit dem Slogan «Ich bin doch nicht blöd!» hämmert ein Elektronik-Discounter seit Jahren die Botschaft in die Gehirne der Europäer: Wer zuerst arbeitet und spart, bevor er konsumiert, ist blöd. Die pädagogischen Auswirkungen der Botschaft müssten zum Nachdenken anregen, denn auch Lernen ist eine Investition in die Zukunft, welcher vorgängig zum Erfolg eine Anstrengung vorausgeht. Botschaften wie «jetzt mitnehmen, nächstes Jahr bezahlen» oder «20 Monatsraten – 0% Zins» lassen den Auftrag des Franzlehrers, «20 Franzwörter lernen – nächste Woche Prüfung», wenig attraktiv erscheinen.

Und obwohl aus ökonomischer Sicht eine Ausweitung der Geldmenge durch grosszügige Kreditvergabe tatsächlich dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist, scheint es Grenzen zu geben: Griechen und Iren spüren deutlich, dass in ihrer Nationalökonomie etwas blöd gelaufen ist. Und auch in Spanien heisst es: «Yo no soy tonto».

Sogar die Bevölkerung des Exportweltmeisters Deutschland muss zur Kenntnis nehmen, dass die «Geiz ist geil»-Mentalität nicht nur die Angestellten der betreffenden Firmen belastet, welche lausige Arbeitsbedin-

gungen in Kauf nehmen müssen. Auch die Konsumenten spüren von Zeit zu Zeit die unerwünschten Nebenwirkungen der Preisdrückerei und der rücksichtslosen Gewinnmaximierung: Im Moment sind es mit Dioxin verseuchte Nahrungsmittel.

Die «Ich bin doch nicht blöd!»-Mentalität setzt auf ungesunde Preisdrückerei. Seit einigen Jahren haben auch die Schweizer Kantone die vermeintliche Wunderwaffe entdeckt und dafür den sportlichen Namen «Steuerwettbewerb» gefunden. Tiefer Steuern sollen mehr Geld in die Staatskassen bringen. Wie das funktioniert, wenn alle bei diesem Spiel mitmachen, zeigt die gegenwärtige Entwicklung der BL-Finanzen: Nach diversen Steuersenkungen kämpft der Finanzminister mit einem Budgetdefizit – welches natürlich mit den Steuersenkungen rein gar nichts zu tun hat!?

Ende März – vier Tage nach den Wahlen – will die Regierung dann ein Sparpaket präsentieren. Bereits mit dem Budget des laufenden Jahres wird aber das Personal ein erstes Mal zur Kasse gebeten, denn die im 2010 aufgelaufene Teuerung wird bei den Löhnen der Staatsangestellten (erneut!) nicht ausgeglichen. Als Zuckerchen soll es dafür mehr Ferien geben.

Allerdings müssen sich die Angestellten die zusätzlichen Ferientage «durch Produktivitätssteigerungen» selber verdienen. Für Lehrpersonen heisst dies: Die Arbeitbelastung wird (u.a. durch die Umsetzung von Integration und HarmoS) weiter steigen. Die zusätzlichen Ferientage sind rein virtuell.

Vielleicht findet die Elektronikbranche eine Lösung? Der Kanton Basel-Land wird wohl die Entwicklung von neuen Apps für Smartphones in Auf-

trag geben, welche er dann seinen Angestellten gratis zur Verfügung stellt. Da ist zuerst einmal die BL-Uhr mit einem neuartigen 25-Stunden-Zifferblatt. Sie wird den Arbeitstag von Lehrpersonen revolutionieren, denn mit der 25-Stunden-Skala wird es möglich sein, auch neue Ansprüche mit Arbeitszeit zu ressourcieren. So findet sich dann auch ein Zeitfenster für weitere Massnahmen zur Qualitätssicherung: Alle Ratings und Screenings und Anderendings finden, zusammen mit der Erholung, in der neu gewonnenen 25. Stunde Platz. Das Schöne daran: Ist das Prinzip erst einmal erfunden, lässt sich mit wenig Aufwand eine 26. Stunde aufschalten.

Für die zusätzlich gewährten Ferien wird der Arbeitgeber seinem Personal eine weitere App-Lösung zum freien Herunterladen anbieten: Den Kalender mit 53 Wochen – jede/r kann frei wählen, wann er diese zusätzliche Ferienwoche bezieht!

LCH-Studien weisen nach, dass Lehrpersonen bereits heute Überstunden in beträchtlichem Umfang leisten. Gleichzeitig hinkt die Besoldung dem hinterher, was in Berufen mit vergleichbaren Anforderungen bezahlt wird, wie ein Salärvergleich von Price Waterhouse Coopers belegt. Das Resultat ist ein sich verschärfender Mangel an qualifizierten Lehrpersonen. Und ausgerechnet in dieser Situation verschlechtert der Kanton Baselland mutig die Arbeitsbedingungen seines Personals. Attraktivitätssteigernde Massnahmen stellt man sich anders vor! Gleichzeitig sollen die Schulen die Bildungsqualität verbessern. Im Notfall werden dafür Quereinsteiger eingestellt, welche bereits nach einem einwöchigen Einführungskurs bis zu

Fortsetzung auf Seite 34

Bericht von einem Pensioniertenanlass

Von Anne Dedio

Dritte adventliche Wanderung in Basel vom 9.12.2010

Vom Treffpunkt Barfüsserkirche aus führt uns Heini Aenishänslin quer durch den Weihnachtsmarkt hinauf zur Elisabethenkirche, wo bereits die Tische für ein Diner gerichtet sind. Unser Interesse gilt aber den Krippenfiguren von Dorothee Rothbrust, die in der Kirche verstreut stehen. Aus grossem Holz mit der Motorsäge ausgeschnitten, lebensgross, wenig bemalt. Sie wirken sehr stark.

Schräg vis-à-vis lädt uns das Kirschgartenmuseum zur Besichtigung von ganz besonderen, mit Kinderweihnachtsgeschenken von früher ge-

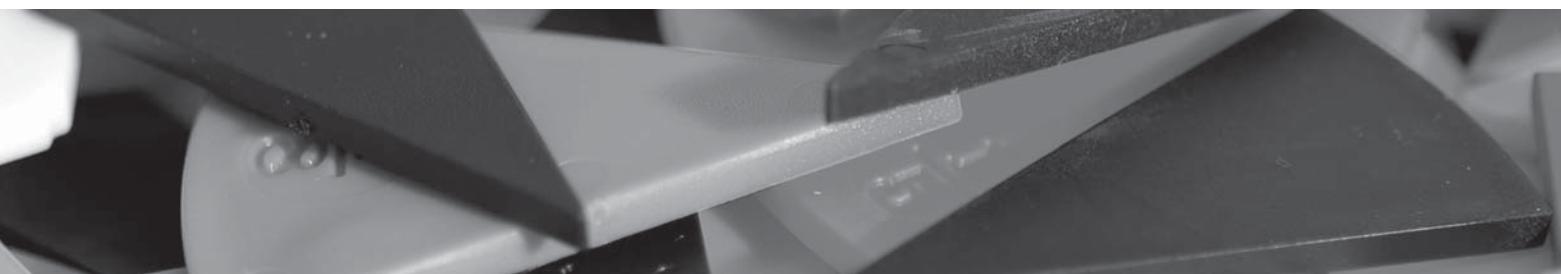
schmückten Weihnachtsbäumen ein. Auf der Treppe sitzend lauschen wir der Weihnachtsgeschichte, vorgetragen von Heini, wie sie Hans Gysin in Oltinger Dialekt erzählt hat («Der guet Bericht»).

Das 2er-Tram bringt uns zum Wettsteinplatz, von wo aus die Kartäuserkirche leicht erreichbar ist. In dem schönen gotischen Raum können wir dann eine andere Fassung der Weihnachtsgeschichte in Oltinger Dialekt vernehmen, diesmal gereimt von Max Weitnauer («D' Geburt vom Chindli»).

Dann geht es in die Nähe des «Stalls», zunächst in die Kleiderbörse der Caritas, dann in die Gassenküche. Mitten

unter den Bedürftigen nehmen wir ein gutes Mahl ein und stellen gleichzeitig dem Leiter Fragen über diese Institution. Hundert bis hundertzwanzig Personen werden hier am Abend für drei Franken verköstigt. Subventionen gibt es nicht, nur Spenden.

Den offiziellen Abschluss bildet die Besichtigung der Christbäume auf dem Marktplatz und im Hof des Rathauses.



Fortsetzung von Seite 33:

50% unterrichten sollen und dann mit einer verkürzten Ausbildung für den Beruf «fit» gemacht werden.

«Ich bin doch nicht blöd», könnte sich da sagen, wer vor der Studienwahl steht, und sich gegen ein Studium der Pädagogik entscheiden.

Dem Vernehmen nach soll Bildung ja unser einziger Rohstoff sein. Der Guten Schule Basel und Land ist zu wünschen,

dass die Entscheidungsträger die Zusammenhänge schnell genug begreifen. Denn der Arbeitgeber steuert mit seinen Anstellungsbedingungen die Motivation seines Personals in entscheidendem Masse. Das bestätigt auch die Mitarbeitendenumfrage der empiricon AG, welche Handlungsbedarf bei den Löhnen und der Arbeitsbelastung der Lehrpersonen nachweist.

Nicht ausgeglichene Teuerung und eine lediglich virtuelle Ferienverlän-

gerung sind Signale, welche das Betriebsklima gefährden. Möglicherweise entsteht bei den Lehrpersonen irgendwann der Eindruck, der Kanton Basel und Land verstehe unter Personalführung die Fähigkeit, die Angestellten so rasch über den Tisch zu ziehen, dass sie die dabei entstehende Reibungswärme als Zuwendung erleben.

Das wäre dann wirklich **BLÖD**.

Bericht von einem Pensioniertenanlass

Von Anne Dedio

Dritte adventliche Wanderung in Basel vom 9.12.2010

Vom Treffpunkt Barfüsserkirche aus führt uns Heini Aenishänslin quer durch den Weihnachtsmarkt hinauf zur Elisabethenkirche, wo bereits die Tische für ein Diner gerichtet sind. Unser Interesse gilt aber den Krippenfiguren von Dorothee Rothbrust, die in der Kirche verstreut stehen. Aus grossem Holz mit der Motorsäge ausgeschnitten, lebensgross, wenig bemalt. Sie wirken sehr stark.

Schräg vis-à-vis lädt uns das Kirschgartenmuseum zur Besichtigung von ganz besonderen, mit Kinderweihnachtsgeschenken von früher ge-

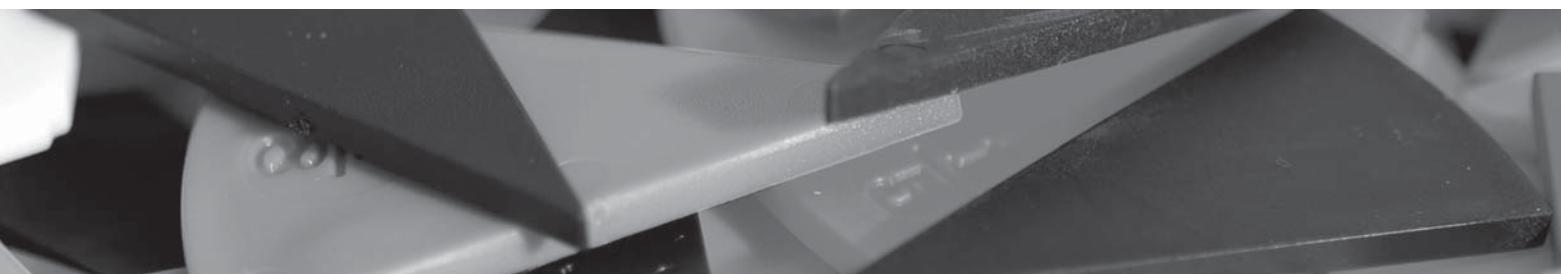
schmückten Weihnachtsbäumen ein. Auf der Treppe sitzend lauschen wir der Weihnachtsgeschichte, vorgetragen von Heini, wie sie Hans Gysin in Oltinger Dialekt erzählt hat («Der guet Bericht»).

Das 2er-Tram bringt uns zum Wettsteinplatz, von wo aus die Kartäuserkirche leicht erreichbar ist. In dem schönen gotischen Raum können wir dann eine andere Fassung der Weihnachtsgeschichte in Oltinger Dialekt vernehmen, diesmal gereimt von Max Weitnauer («D' Geburt vom Chindli»).

Dann geht es in die Nähe des «Stalls», zunächst in die Kleiderbörse der Caritas, dann in die Gassenküche. Mitten

unter den Bedürftigen nehmen wir ein gutes Mahl ein und stellen gleichzeitig dem Leiter Fragen über diese Institution. Hundert bis hundertzwanzig Personen werden hier am Abend für drei Franken verköstigt. Subventionen gibt es nicht, nur Spenden.

Den offiziellen Abschluss bildet die Besichtigung der Christbäume auf dem Marktplatz und im Hof des Rathauses.



Fortsetzung von Seite 33:

50% unterrichten sollen und dann mit einer verkürzten Ausbildung für den Beruf «fit» gemacht werden.

«Ich bin doch nicht blöd», könnte sich da sagen, wer vor der Studienwahl steht, und sich gegen ein Studium der Pädagogik entscheiden.

Dem Vernehmen nach soll Bildung ja unser einziger Rohstoff sein. Der Guten Schule Basel Land ist zu wünschen,

dass die Entscheidungsträger die Zusammenhänge schnell genug begreifen. Denn der Arbeitgeber steuert mit seinen Anstellungsbedingungen die Motivation seines Personals in entscheidendem Masse. Das bestätigt auch die Mitarbeitendenumfrage der empiricon AG, welche Handlungsbedarf bei den Löhnen und der Arbeitsbelastung der Lehrpersonen nachweist.

Nicht ausgeglichene Teuerung und eine lediglich virtuelle Ferienverlän-

gerung sind Signale, welche das Betriebsklima gefährden. Möglicherweise entsteht bei den Lehrpersonen irgendwann der Eindruck, der Kanton Basel Land verstehe unter Personalführung die Fähigkeit, die Angestellten so rasch über den Tisch zu ziehen, dass sie die dabei entstehende Reibungswärme als Zuwendung erleben.

Das wäre dann wirklich **BLÖD**.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren lohnt sich mehrfach

Ein Beitrag der Bank Coop

Investieren Sie in die Energieeffizienz Ihrer Liegenschaft und profitieren Sie gleich mehrfach: Beitrag zum Klimaschutz, Senkung Ihrer Energiekosten, Marktwert erhöhung Ihrer Liegenschaft sowie Hypothekenvergünstigungen.

Erneuerte Häuser benötigen massiv weniger Energie. Das Einsparpotenzial ist riesig: Allein der Gebäudebereich beansprucht rund 45% des schweizerischen Energieverbrauchs. Abertausende Liegenschaften in der Schweiz weisen eine ungenügende Wärmedämmung und veraltete Anlagen für Heizung und Warmwasseraufbereitung auf. So verbraucht ein Haus, das vor 1970 gebaut wurde, gegenüber einem nach Minergie-Standard erstellten Neubau bis zu viermal mehr Energie.

Nicht nur die Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekosten spricht für eine Renovation. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Verbesserung des Komforts und die Wertehaltung bzw. Wertsteigerung Ihrer Liegenschaft. Und nicht zuletzt sollte die steuerliche Abzugsfähigkeit von Sanierungsmassnahmen Anreiz genug sein, diese an die Hand zu nehmen.

Sanierungswillige profitieren zudem von Förderbeiträgen von Bund und Kantonen und von zinsvergünstigten Finanzierungsmodellen. Wenn's um nachhaltige Hypotheken geht, bietet Ihnen die Bank Coop zahlreiche Möglichkeiten. So gewähren wir Ihnen bei der Nachhaltigkeitshypothek eine substanzielle Zinssatzreduktion. Mit der flexiblen Nachhaltigkeitshypothek können Sie folgende nachhaltigen Vorhaben finanzieren:

- Minergie-Bauten
- Bauten mit GEA-K-Nachweis (Gebäudeenergieausweis der Kantone)
- Energie sparende Renovationen
- erneuerbare Energien (z.B. Solar- oder Photovoltaik-Anlagen)

Weitere Informationen zur attraktiven Nachhaltigkeitshypothek finden Sie unter www.bankcoop.ch/hypotheken.

Finanzieren auch Sie Ihre nachhaltigen Vorhaben mit der Bank Coop, der Pionierbank in Sachen Nachhaltigkeit. Gerne zeigen wir Ihnen in einem persönlichen Gespräch die Möglichkeiten für Ihre nachhaltigen Pläne auf.

Als LCH-Mitglied profitieren Sie bei der Bank Coop zudem auch noch von folgenden attraktiven Vorzugskonditionen:

Maestro-Karte	kostenlos im ersten Jahr
MasterCard/Visa	zum halben Preis
Wertschriftdepot	25% Rabatt auf die Courtagensätze und die Depotgebühr
Hypotheken	bis zu 0,35% Zinsabschlag

Weitere Informationen zu den Vergünstigungen finden Sie unter www.bankcoop.ch/lch

Rufen Sie uns unter der Telefonnummer 0800 88 99 66 an und vereinbaren Sie ein Beratungsgespräch.

Wir freuen uns auf Sie!